

Name:

**Allianz für Menschenrechte, Tier- und
Naturschutz**

Kurzbezeichnung:

Tierschutzallianz

Zusatzbezeichnung:

-

Anschrift:

**Haeckelstraße 10
39104 Magdeburg
z. H. Herrn Josef Fassel**

Telefon:

**(03 91) 56 39 08 46
(03 91) 56 39 08 48**

Telefax:

(03 91) 6 07 72 83

E-Mail:

vorstand.tierschutzallianz@gmail.com

I N H A L T

Übersicht der Vorstandsmitglieder

Satzung

Programm

(Stand: 20.02.2017)

Name:

**Allianz für Menschenrechte, Tier- und
Naturschutz**

Kurzbezeichnung:

Tierschutzallianz

Zusatzbezeichnung:

-

Bundesausschuss:

Vorsitzender:	Josef Fassl
Stellvertreter:	Markus Schröder
Generalsekretär:	Thomas Mosmann
Pressesprecherin:	Bettina Fassl
Schatzmeisterin:	Kirsten Paul
stellv. Schatzmeisterin:	Steffanie Koch
Schriftführer:	Ricardo Reichenbach
Beisitzer:	Diana Merten-Reker Peter H. Barczik

Landesverbände:

Baden-Württemberg:

Vorsitzender:	Thomas Mosmann
1. Stellvertreterin:	Gabriele Wonisch
2. Stellvertreter:	Harald Becker
Schatzmeister:	Ricardo Reichenbach
Schriftführer:	Arne Schaller
Beisitzer:	Ingeborg Hepting Birgit Knebelkamp Patrick Elsässer

Bayern:

Vorsitzender:	Florian Hübner
Stellvertreter:	Dominik Pentner
Schatzmeisterin:	Nicole Becker

Berlin:

Vorsitzender:	Hans Joachim Demski
Stellvertreter:	Olaf Just
Schatzmeister:	Sebastian Sommer
Schriftführerin:	Nadine Herbst

Rheinland-Pfalz:

Vorsitzende:	Liane Schraut
Stellvertreterin:	Antonia Dietsch
Schatzmeister:	Markus Joppich
Beisitzer:	Gabriele Szczotka Wolfgang Tobian

Sachsen-Anhalt:

Vorsitzender:

Josef Fassel

Stellvertreter:

Josef Weidenhaupt

Schatzmeister:

Peter Barczik

Schriftführerin:

Bettina Fassel

Bundessatzung S. 1
Bundesgeschäftsordnung S. 10
Schiedsgerichtsordnung S.14
Finanz- und Beitragsordnung S. 20

Bundessatzung der Partei

Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz

Kurzbezeichnung: Tierschutzallianz

Fassung vom 29. November 2015

(Aus Gründen der Vereinfachung und Übersichtlichkeit wurde die männliche Anrede genutzt.)

- A. Ziele und Mitgliedschaft
- B. Gliederung nach Gebietsverbänden
- C. Die Organe der Bundespartei
- D. Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen und Mitgliederentscheid
- E. Beratende Gremien
- F. Parteischiedsgerichtsbarkeit
- G. Allgemeine Bestimmungen, Satzung, Statut

A. Ziele und Mitgliedschaft

§ 1 - Ziele

(1) Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz ist eine Partei im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und des Parteiengesetzes. Ihre Kurzbezeichnung ist: Tierschutzallianz. Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz vereinigt Bürgerinnen und Bürger ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts und des Bekenntnisses, die getragen von Mitgefühl beim Aufbau einer sozialen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung mitwirken wollen, die die Schwachen unterstützt und totalitäre und diktatorische Bestrebungen jeder Art ablehnen. Diese Unterstützung bezieht ausdrücklich auch die Tiere ein, die wie wir Menschen die Erde bewohnen und nach unserer Überzeugung ein Anrecht auf Respekt und ein artgerechtes Leben haben.

(2) Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz ist die Tierschutzpartei in Deutschland, die in der Mitte der Gesellschaft und für alle Tierfreunde offen steht. Oberste Regel für uns sind Toleranz, Weltoffenheit und die Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft. Im Mittelpunkt dieser Gesellschaft stehen der Mensch als soziales Lebewesen, die Familie und das Recht, frei in dem Streben nach Glück sein Leben zu verwirklichen. Unvereinbar mit diesem Streben ist die tierquälereiische Ausbeutung anderer Lebewesen, die wie wir Schmerz und Freude empfinden.

(3) Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz erstrebt, durch Mitarbeit in Parlamenten den Tierschutz auf allen politischen Ebenen zu stärken und eine Alternative zu etablierten Parteien zu bilden. Getragen vom Mitgefühl für Benachteiligte steht die sachliche und verantwortungsvolle Arbeit in Stadt- und Gemeinderäten sowie in Kreistagen in Zusammenarbeit mit gleichgerichteten politischen oder gesellschaftlichen Vereinigungen im Vordergrund, um eine Basis für die Teilnahme an Landtags-, Bundestags- und Europawahlen zu schaffen.

§ 2 – Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

- (1) Die Partei führt den Namen Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz. Die Kurzbezeichnung lautet Tierschutzallianz.
- (2) Der Bundesverband und alle nachgeordneten Gebietsverbände führen ein einheitliches Logo.
- (3) Die Landesverbände führen den Namen der Partei mit dem Zusatz des jeweiligen Ländernamens. Bei länder- übergreifender Verwaltung in der Aufbauphase, vgl. § 9 (2), wird dem Parteinamen eine aussagekräftige überregionale Bezeichnung beigefügt.
- (4) Sitz der Partei ist Magdeburg.
- (5) Das Tätigkeitsgebiet ist das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.
- (6) Die Bundessatzung gilt für Landesverbände und deren Untergliederungen, solange diese sich noch keine eigene Satzung gegeben haben. Die Satzungen der Untergliederungen müssen in den grundsätzlichen Regelungen mit der Bundessatzung übereinstimmen. Soweit in der Bundessatzung Rechte, Aufgabe und Pflichten von Landesvorständen, Landesverbänden oder deren Untergliederungen und/oder deren Satzungen festgesetzt werden, wird dies vom Bundesvorstand bzw. Bundesverband übernommen, solange die betreffenden Gebietsverbände noch nicht eingerichtet sind.
- (7) Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz legt ihre grundsätzlichen Ziele und Werte und ihre politischen Leitsätze in einem grundsätzlichen Parteiprogramm fest. Eine Änderung des Parteiprogramms bedarf einer qualifizierten Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen auf einem Bundesparteitag.

§ 3 - Mitgliedschaft

- (1) Jeder kann Mitglied der Partei werden, wenn er das 16. Lebensjahr vollendet hat und die Grundsätze und die Satzungen der Partei anerkennt. Personen, die infolge Richterspruchs die Amtsfähigkeit, die Wählbarkeit oder das Wahlrecht nicht besitzen, können nicht Mitglied der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz sein. Die Aufnahme von Ausländern setzt einen nachhaltigen Bezug zu Deutschland, wie z. B. einem Wohnort in Grenznähe, ein Arbeitsverhältnis in Deutschland, voraus. Zuständig für die Aufnahme ist die Untergliederung, bei der der Aufnahmeantrag gestellt wird.
- (2) Mitglied der Partei können nur natürliche Personen sein. Es ist möglich, der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz als Fördermitglied beizutreten. Ein Fördermitglied unterstützt die Arbeit der Partei durch seinen finanziellen Beitrag und verzichtet auf seine satzungsgemäßen Rechte. Die Mitgliedschaft kann auf Antrag mit dem Beginn eines jeden Kalenderjahres in eine aktive Parteimitgliedschaft umgewandelt werden.
- (3) Die gleichzeitige Mitgliedschaft in der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz und anderen mit ihr im Wettbewerb stehenden Partei oder Wählergruppen ist ausgeschlossen. Das gilt auch bei gleichzeitiger Mitgliedschaft in einer ausländischen Partei, Organisation oder Vereinigung, deren Zielsetzung den Zielen der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz widerspricht.
- (4) Die Bundespartei führt eine zentrale Mitgliederdatei.
- (5) Die Mitgliedschaft in der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz wird nach den Satzungen der Landesverbände erworben. Der Antrag wird nach Einreichung dem Bundesvorstand übersandt, der diesem nach Rücksprache mit der aufnehmenden Untergliederung innerhalb von vier Wochen nach Zugang widersprechen kann.
- (6) Über den Antrag ist innerhalb von vier Wochen zu entscheiden. Eine Ablehnung der Mitgliedschaft muss nicht begründet werden.
- (7) Bei Wohnsitzwechsel in ein anderes Bundesland geht die Mitgliedschaft über. Das Parteimitglied hat den Wohnsitzwechsel unverzüglich seinem bisherigen und dem neuen Gebietsverband anzuzeigen.
- (8) In Ausnahmefällen kann ein Mitglied auf seinen Antrag mit Zustimmung der Vorstände der betroffenen Gebietsverbände Mitglied in einem Gebietsverband sein, in dem das Mitglied keinen Wohnsitz hat.
- (9) Die Mitgliedschaft kann, soweit noch kein Landesverband bzw. Untergliederungen existiert oder in begründeten Ausnahmefällen auf Antrag auch unmittelbar bei der Bundespartei erworben werden. Diese Anträge bedürfen der Genehmigung des Bundesvorstandes, der über sie im Benehmen mit dem zuständigen Landesverband entscheidet, soweit ein solcher existiert.

(10) Über Aufnahmeanträge von Deutschen, die ihren Wohnsitz außerhalb Deutschlands haben, entscheidet der Bundesvorstand, soweit nicht eine Auslandsgruppe für die Aufnahme zuständig ist.

§ 4 - Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Jedes Mitglied hat das Recht und die Pflicht, im Rahmen dieser Satzung und der Satzung seines Landesverbandes oder seiner Auslandsgruppe die Zwecke der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz zu fördern und sich an der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei zu beteiligen. Die Bewerbung für ein Parteiamt setzt eine dreimonatige Mitgliedschaft voraus, es sei denn, der Bundesvorstand stimmt einstimmig einer früheren Kandidatur zu.

(2) Mitglieder richterlicher Instanzen sind auch nach Beendigung ihres Amtes zur Verschwiegenheit über die ihnen in Ausübung ihres Amtes bekannt gewordenen Tatsachen und über die Beratung auch gegenüber Parteimitgliedern verpflichtet.

§ 5 - Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet durch:

1. Tod,
2. Austritt,
3. unterlassene Beitragszahlung von mindestens einem Jahresbetrag ohne Angabe von Gründen,
4. Beitritt zu einer anderen, mit der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz im Wettstreit stehenden Partei oder Wählergruppe,
5. Beitritt zu einer anderen, mit einer Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz-Fraktion oder parlamentarischen Gruppe, der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz in Wettstreit stehenden Fraktion oder parlamentarischen Gruppe,
6. rechtskräftigen Verlust oder Aberkennung der Amtsfähigkeit, der Wählbarkeit oder des Wahlrechts,
7. bei Ausländern: Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland,
8. Ausschluss nach § 6.

(2) Bei Beendigung der Mitgliedschaft ist der Mitgliedsausweis zurückzugeben. Ein Anspruch auf Rückzahlung von Beiträgen besteht nicht.

(3) Ausgeschlossene Mitglieder sind der Bundespartei unter Bekanntgabe der Ausschlussgründe zu melden.

§ 6 - Ordnungsmaßnahmen

(1) Verstößt ein Mitglied gegen die Satzung oder gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei und fügt ihr damit Schaden zu, so können folgende Ordnungsmaßnahmen verhängt werden:

1. Verwarnung,
2. Verweis,
3. Enthebung von einem Parteiamt,
4. Aberkennung der Fähigkeit, ein Parteiamt zu bekleiden, bis zur Höchstdauer von zwei Jahren,
5. Ausschluss nach Maßgabe des Absatzes (2).

Die Maßnahmen nach Nummer 1 oder 2, 3 und 4 können auch nebeneinander verhängt werden.

(2) Ein Mitglied kann nur dann ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt. Ein Verstoß im Sinne von Satz eins liegt vor, wenn ein Mitglied vor oder während seiner Mitgliedschaft in der Partei Mitbürger als Gegner eines totalitären Regimes denunziert oder seine gesellschaftliche Stellung dazu missbraucht hat, andere zu verfolgen. Ein Verstoß im Sinne von Satz eins liegt ferner bei Verletzung der richterlichen Schweigepflicht, Verweigerung des Beitritts zur oder Austritt aus der parlamentarischen Gruppe der Partei sowie bei unterlassener Beitragszahlung vor. Ein Verstoß im Sinne von Satz eins liegt auch vor, wenn ein Mitglied die ihm übertragene Buchführungspflicht nicht ordnungsgemäß erfüllt, Spenden nicht den gesetzlichen oder den Vorschriften der Finanzordnung entsprechend abrechnet bzw. abliefern oder Mittel nicht den Vorschriften und Beschlüssen entsprechend verwendet und dadurch der Partei finanziellen Schaden von nicht unbedeutender Höhe zufügt.

(3) Die parlamentarischen Gruppen der Partei sind gehalten, ein rechtskräftig ausgeschlossenes oder ein ausgetretenes Parteimitglied aus ihrer Gruppe auszuschließen.

§ 7 - Wiederaufnahme

Ein rechtskräftig ausgeschlossenes Mitglied kann nur mit vorheriger Zustimmung des zuständigen Landesvorstandes wieder Mitglied der Partei werden.

B. Gliederung nach Gebietsverbänden

§ 8 - Gliederung

(1) Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz gliedert sich in Landesverbände. Die Landesverbände können nach ihren örtlichen Bedürfnissen Untergliederungen schaffen. Innerhalb der staatsrechtlichen Grenzen eines Landes gibt es nur einen Landesverband.

(2) Solange einzelne Landesverbände noch nicht existieren, wird das Gebiet vom Bundesverband verwaltet. Mit Zustimmung des Bundesverbandes kann ein Landesverband in der Aufbauphase auch das Gebiet mehrerer Bundesländer umfassen.

§ 9 - Bundespartei und Landesverbände

(1) Die Landesverbände sind verpflichtet, alles zu tun, um die Einheit der Partei zu sichern, sowie alles zu unterlassen, was sich gegen die Grundsätze, die Ordnung oder das Ansehen der Partei richtet. Sie haben auch ihre Organe zu einer gleichen Verhaltensweise anzuhalten.

(2) Verletzen Landesverbände, ihnen nachgeordnete Gebietsverbände oder Organe diese Pflichten, ist der Bundesvorstand berechtigt und verpflichtet, die Landesverbände zur Einhaltung dieser Pflichten aufzufordern. Kommt der Landesverband einer solchen Aufforderung nicht binnen einer angemessenen Frist nach, kann der Bundesvorstand den Landesverband anweisen, in einer Frist von einem Monat einen Landesparteitag einzuberufen, auf dem der Bundesvorstand die dem Landesverband gemachten Vorwürfe durch beauftragte Vorstandsmitglieder zu vertreten und geeignete Anträge zu stellen hat. Weitere Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände sind nicht vorgesehen.

(3) Die Landesverbände sind verpflichtet, sich vor Wahlabreden mit anderen Parteien oder Wählergruppen bei den Bundestags- und Landtagswahlen und über Verhandlungen wegen der Beteiligung an einer Koalition mit dem Bundesvorstand ins Benehmen zu setzen. Auf Kommunal- und Kreisebene sind Wahlbündnisse oder Fraktionsbildungen mit den nächsthöheren Gebietsverband abzusprechen.

(4) Mitglieder des Bundesstandes haben das Recht, auf den Landesparteitagen zu sprechen und - ohne an eine Frist oder Form gebunden zu sein - Anträge zu stellen.

(5) Der Bundesvorstand hat das Recht und die Pflicht, Ermittlungen und Prüfungen durchzuführen. Die nachgeordneten Parteiorgane sind verpflichtet, die entsprechenden Unterlagen vorzulegen und die Auskünfte zu erteilen, die zur Ausübung dieser Pflicht erforderlich sind.

C. Die Organe der Bundespartei

§ 10 - Organe der Bundespartei

Organe der Bundespartei sind dem Rang nach:

1. der Bundesparteitag,
2. der Bundesvorstand.

§ 11 - Der Bundesparteitag

(1) Der Bundesparteitag ist das oberste Organ der Partei. Er ist als ordentlicher oder außerordentlicher Bundesparteitag einzuberufen.

(2) Die Beschlüsse des Bundesparteitages sind sowohl für die Gliederungen der Partei als auch für ihre Mitglieder bindend.

§ 12 - Geschäftsordnung des Bundesparteitages

(1) Ein ordentlicher Bundesparteitag findet mindestens ein Mal jährlich statt. Er wird vom Bundesvorstand unter Mitteilung der vorläufigen Tagesordnung und des Tagungsortes mit einer Frist von sechs Wochen an die Landesverbände einberufen. Im Falle einer Verlegung muss in der gleichen Art eingeladen und eine Frist von zwei Wochen gewahrt werden.

(2) Außerordentliche Bundesparteitage müssen durch den Bundesvorsitzenden unverzüglich einberufen werden, wenn dies schriftlich unter Angabe der Gründe beantragt wird:

1. durch Beschlüsse der Vorstände von mindestens vier Landesverbänden,
2. durch Beschluss der Bundestagsfraktion,
3. durch Beschluss des Bundesvorstandes.

Die Beschlüsse müssen mit der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder gefasst werden. Die Ladungsfrist beträgt drei Wochen; sie kann in besonders eilbedürftigen Fällen bis auf drei Tage verkürzt werden.

(3) Der Bundesparteitag findet ab 2000 Mitgliedern als Delegiertenparteitag statt. In diesem Fall wird ein Wahlprüfungsausschuss eingerichtet. Der Wahlprüfungsausschuss besteht aus einem Mitglied des Bundesvorstandes und vier weiteren Mitgliedern sowie fünf Stellvertretern. Der Wahlprüfungsausschuss prüft die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung. Er prüft weiter Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten.

(4) Stimmberechtigte Delegierte sind:

1. Die Mitglieder des Bundesvorstandes,
2. jeweils zwei Mitglieder des Vorstands eines Landesverbandes, die der Landesvorstand auswählt,
3. ein Delegierter je 40 angefangene Mitglieder eines Landesverbandes, die von diesem jeweils für den Zeitraum von zwei Jahren gewählt werden. Zusätzlich kann jeder Landesverband bis zu vier Ersatzdelegierte festlegen. Für die Berechnung gilt der Mitgliederstand zum 01. Januar als Stichtag.

(5) Die Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag werden von den jeweiligen Landesparteitagen in der Zeit vom 01. Januar bis zum 30. April des Jahres gewählt, in dem der Bundesvorstand neu gewählt wird. Die Amtszeit der Delegierten und Ersatzdelegierten beginnt am 01. Mai desselben Jahres und dauert zwei Jahre.

(6) Ist ein Delegierter verhindert, tritt an seine Stelle ein Ersatzdelegierter in der Reihenfolge der erreichten Stimmen.

§ 13 - Teilnahme, Rede- und Stimmrecht

(1) Der Bundesvorsitzende oder ersatzweise der Stellvertreter eröffnet den Bundesparteitag und leitet die Wahl des Versammlungsleiters, der dann übernimmt.

(2) Grundsätzlich darf jedes Mitglied der Partei am Bundesparteitag teilnehmen. Rede- und Stimmrecht haben grundsätzlich nur die Mitglieder und im Falle der Durchführung als Delegiertenparteitag die Delegierten.

(3) Zusätzlich haben Rederecht

1. die Mitglieder Bundestagsfraktion und die der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz angehörenden Mitglieder des Europaparlaments,
2. der Vorsitzende des Bundesschiedsgerichtes,
3. der Vorsitzende des Bundessatzungsausschusses,
4. die Vorsitzenden der Bundesfachgruppen,
5. die Rechnungsprüfer.

§ 14 - Aufgaben des Bundesparteitages

(1) Aufgaben des Bundesparteitages sind die Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen der Partei.

(2) Über organisatorische und grundsätzliche Abmachungen mit Parteigliederungen anderer Parteien auf Bundesebene oder deren Fraktionen entscheidet der Bundesparteitag; ggf. ist ein außerordentlicher Bundesparteitag einzuberufen. Die verfassungsmäßigen Rechte der Abgeordneten bleiben unberührt.

(3) Weitere Aufgaben des Bundesparteitages sind insbesondere:

1. die Wahl des Versammlungsleiters und des Protokollführers,
2. die Beschlussfassung über
 - a) den Bericht des Wahlprüfungsausschusses nach § 12 Abs. (3),
 - b) den Bericht des Bundesvorstandes,
 - c) den Rechnungsprüfungsbericht,
3. die Entlastung des Bundesvorstandes,
4. die Wahl des Bundesvorstandes,
5. die Wahl des Wahlprüfungsausschusses,
6. die Wahl von mindestens zwei Rechnungsprüfern,
7. die Wahl des Bundesschiedsgerichts,

(4) Die Wahlen zum Bundesvorstand, zum Wahlprüfungsausschuss sowie die Wahlen der Rechnungsprüfer finden in jedem zweiten Jahr statt.

§ 15 - Der Bundesvorstand

(1) Der Bundesvorstand besteht aus

- a) dem Bundesvorsitzenden
- b) dem Stellvertretenden Bundesvorsitzenden
- b) dem Bundesschatzmeister
- c) dem Schriftführer
- d) max. vier Beisitzern.

Der Bundesvorstand kann um die Positionen

- Generalsekretär
- Stellvertretender Generalsekretär
- Stellvertretender Schatzmeister
- Stellvertretender Schriftführer
- Pressesprecher

erweitert werden.

(2) Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so wird die Nachwahl vom nächstfolgenden Parteitag vorgenommen. Die so nachgewählten Personen führen ihr Amt nur für den verbleibenden Rest der Amtszeit des Bundesvorstandes. Scheiden der Bundesschatzmeister oder der Schriftführer vorzeitig aus dem Amt aus, so bestellt der Bundesvorstand unverzüglich einen Ersatz aus den gewählten Beisitzern, soweit kein Stellvertreter vorhanden ist.

(3) Ein weisungsgebundenes Mitglied einer Geschäftsstelle der Partei kann nicht zugleich Mitglied des Vorstandes sein, dessen Weisungen es unterworfen ist.

§ 16 - Geschäftsordnung des Bundesvorstandes

(1) Der Bundesvorstand tagt mindestens einmal vierteljährlich. Er wird vom Bundesvorsitzenden oder bei dessen Verhinderung von einem seiner Stellvertreter schriftlich mit einer Frist von einer Woche unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristiger erfolgen. Die Einberufung kann per E-Mail die Tagung auch telefonisch erfolgen (Telefonkonferenz), soweit alle Vorstandsmitglieder diesem Verfahren zustimmen.

(2) Die Einberufung muss binnen einer Frist von zwei Wochen erfolgen, wenn dies schriftlich unter Angabe der Gründe beantragt wird.

§ 17 - Aufgaben des Bundesvorstandes

(1) Der Bundesvorstand beschließt über alle organisatorischen und politischen Fragen im Sinne der Beschlüsse des Bundesparteitag. Zu seinen Aufgaben gehört die Anstellung und Entlassung des Bundesgeschäftsführers.

(2) Das Präsidium erledigt im Sinne der Beschlüsse des Bundesvorstandes die laufenden politischen und organisatorischen Aufgaben. Es ist verpflichtet, den Bundesvorstand über alle Beschlüsse und Maßnahmen zu informieren.

(3) Drei Mitglieder des Bundesvorstandes haben das Recht, binnen einer Frist von einem Monat nach Bekanntgabe [Abs. (2) Satz zwei] zu beantragen, dass über eine Maßnahme des Präsidiums durch den Bundesvorstand Beschluss gefasst wird. Auf Beschluss des Bundesvorstandes tritt die so angefochtene Maßnahme außer Kraft, und die Angelegenheit wird durch dessen Beschluss entschieden.

(4) Der Bundesvorsitzende und der Bundesschatzmeister sind die gesetzlichen Vertreter der Bundespartei (Vorstand gemäß § 26 BGB).

(5) Die Mitglieder des Bundesvorstands haben das Recht, an allen Beratungen nachgeordneter Organe oder Gliederungen der Partei teilzunehmen. Diese Rechte gelten nicht gegenüber Parteischiedsgerichten.

D. Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen und Mitgliederentscheid

§ 18 - Geltung der Wahlgesetze und Satzungen

Für die Aufstellung der Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen gelten die Bestimmungen der Wahlgesetze und der Satzungen der Bundespartei und der zuständigen Gebietsverbände.

§ 19 - Mitgliederentscheid

(1) Über wichtige politische Fragen kann ein Mitgliederentscheid stattfinden. Auf Beschluss des Bundesvorstandes oder auf Antrag der Vorstände oder Parteitage von fünf Landesverbänden oder von einem Drittel der Kreisverbände oder von zehn Prozent der Mitglieder der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz hat der Bundesvorstand den beantragten Mitgliederentscheid durchzuführen. Der Bundesvorstand hat das Recht, zusammen mit der beantragten Formulierung einen Alternativantrag zur Abstimmung zu stellen. Die Kreisverbände sind gehalten, zum Thema des jeweiligen Mitgliederentscheids Informationsveranstaltungen durchzuführen.

(2) Der Mitgliederentscheid erfolgt durch geheime Briefabstimmung und/oder durch ein technisches Verfahren, das einer geheimen Briefabstimmung gleichsteht.

(3) Haben sich mindestens ein Drittel der Mitglieder an dem Mitgliederentscheid beteiligt, so ist dessen Ergebnis die politische Beschlusslage der Allianz für Mensch und Tier und steht einer Entscheidung des Bundesparteitag gleich. Wird das Quorum nicht erreicht, wird das Ergebnis lediglich als Mitgliederbefragung gewertet.

(4) Das weitere Verfahren regelt die durch den Bundesvorstand zu beschließende Verfahrensordnung.

E. Beratende Gremien

§ 20 - Bundesfachgruppen

(1) Der Bundesvorstand setzt Bundesfachgruppen zur Bearbeitung von politischen und organisatorischen Parteiaufgaben ein. Jedes Parteimitglied hat das Recht, in diesen Bundesfachgruppen mitzuarbeiten und die Gründung neuer Gruppen anzuregen. Aufgabe der Bundesfachgruppen ist es, die Arbeit des Bundesvorstands auf einem bestimmten politischen Gebiet sachverständig zu unterstützen und Aufträge des Bundesparteitag zu bearbeiten. Zur Unterstützung können auch sachkundige Bürger, die nicht Mitglied der Allianz Mensch und Tier sind, hinzugezogen werden.

F. Parteischiedsgerichtsbarkeit

§ 21 - Parteischiedsgerichte

(1) Nach näherer Maßgabe der Schiedsgerichtsordnung werden Parteischiedsgerichte eingerichtet.

(2) Bei Streitigkeiten unter Mitgliedern, die das Parteiinteresse berühren, muss der unterste für beide Mitglieder zuständige Gebietsverband vorher versucht haben, die Streitigkeiten gütlich beizulegen.

G Allgemeine Bestimmungen, Satzung, Statut

§ 22 - Zulassung von Gästen

Der Bundesparteitag und der Bundesvorstand können durch Beschluss Gäste zulassen.

§ 23 - Satzungsänderung

(1) Änderungen der Bundessatzung können nur von einem Bundesparteitag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen, mindestens aber der Mehrheit der zum Bundesparteitag Stimmberechtigten beschlossen werden.

(2) Niemand hat das Recht, durch mündlichen oder nicht fristgerechten Antrag Satzungsänderungen herbeizuführen.

(3) Abs. (1) und (2) gelten auch für die Änderung der Landessatzungen durch Landesparteitage. Die Satzungsänderung für die Untergliederungen wird durch die Landessatzung geregelt.

§ 24 - Auflösung und Verschmelzung

(1) Die Auflösung der Bundespartei oder ihre Verschmelzung mit einer anderen Partei kann nur durch einen Beschluss des Bundesparteitages mit einer Mehrheit von drei Vierteln der zum Bundesparteitag Stimmberechtigten beschlossen werden, nachdem der entsprechende Antrag mindestens sechs Wochen vorher den Landesverbänden mit Begründung bekannt gegeben worden ist. Der Beschluss regelt zugleich das Verfahren der nach § 6 Abs. (2), Nr. 11 des Parteiengesetzes erforderlichen Urabstimmung.

(2) Die Auflösung eines Landesverbandes kann durch einen Beschluss des Bundesparteitages mit einer Mehrheit von drei Vierteln der zum Bundesparteitag Stimmberechtigten beschlossen werden, nachdem der entsprechende Antrag mindestens sechs Wochen vorher den Landesverbänden mit Begründung bekannt gegeben worden ist. Dieser Beschluss berechtigt den Bundesvorstand, mit sofortiger Wirkung alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um einen neuen Landesverband zu gründen.

(3) Die Landesverbände haben eine Bestimmung in ihrer Satzung aufzunehmen, wonach Beschlüsse über ihre Auflösung oder Verschmelzung zur Rechtskraft der Zustimmung eines Bundesparteitages bedürfen.

(4) Über die Verwendung des Vermögens der Bundespartei im Falle einer Auflösung wird mit einfacher Mehrheit beschlossen.

§ 25 - Verbindlichkeit der Bundessatzung

(1) Die Satzung der Landesverbände, ihrer Gliederungen und der Auslandsgruppen müssen mit den grundsätzlichen Regelungen dieser Satzung übereinstimmen. Solange Landesverbände, Regionalverbände keine eigene Satzung haben, gilt die Bundessatzung, vgl. auch § 2 (6).

(2) Die Schiedsgerichtsordnung, die Geschäftsordnung und die Finanz- und Beitragsordnung sind Bestandteil der Bundessatzung.

§ 26 - Rechtsnatur

(1) Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz ist ein nicht eingetragener Verein.

§ 27 - Parteiämter

(1) Die nicht beruflich ausgeübten Funktionen und Tätigkeiten in der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz sind Ehrenämter. Eine Vergütung für ehrenamtliche Tätigkeit ist ausgeschlossen.

(2) Kosten und notwendige Auslagen, die einem Amtsträger, einem beauftragten Mitglied oder einem Bewerber bei öffentlichen Wahlen durch Ausübung des Amtes, des Auftrages oder der Kandidatur erwachsen, werden auf Antrag mit entsprechenden Nachweisen erstattet.

(3) Höhe und Umfang der Erstattungen werden vom Bundesvorstand und von den Landesverbänden für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich einheitlich geregelt. Abweichende Regelungen der nachgeordneten Gliederungen dürfen die Regelungen des Landesverbandes nicht überschreiten. Bewerber bei öffentlichen Wahlen haben Anspruch auf Ausgabenerstattung nur im Rahmen des Wahlkampfhaushaltes.

Geschäftsordnung der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz (BGO)

I. Beschlussfähigkeit

§ 1 – Anwesenheit, Ladung, Beschlussunfähigkeit

(1) Die Organe der Partei sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Der Bundesparteitag ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder ordentlich und fristgerecht eingeladen wurden.

(2) Die Beschlussunfähigkeit bedarf der Feststellung durch den Vorsitzenden. Die Feststellung erfolgt auf Rüge.

- a) beim Bundesvorstand von einem Mitglied,
- b) beim Bundesparteitag von 25 Mitgliedern.

Die Rüge muss bis zur Beschlussfassung über den jeweiligen Verhandlungsgegenstand erhoben werden. Der Vorsitzende kann die Beschlussfassung für kurze Zeit aussetzen.

(3) Ist die Beschlussunfähigkeit zu einem Tagesordnungspunkt nach Abs. (2) festgestellt worden, so ist das Organ auf der nächsten Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig. Darauf ist in der Einladung hinzuweisen.

II. Beschlüsse und Abstimmungen

§ 2 - Beschlüsse

(1) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit (die Ja-Stimmen überwiegen die Neinstimmen, wobei Enthaltungen nicht mitgezählt werden) gefasst, soweit die Bundessatzung und die Geschäftsordnung nichts anderes bestimmen.

(2) Ist in den Satzungen der Partei und in den gesetzlichen Vorschriften eine bestimmte Mitgliederzahl für die Beschlussfassung oder eine Wahl festgelegt, so hat der Versammlungsleiter durch ausdrückliche Erklärung festzustellen, dass die vorgeschriebene Mitgliederzahl anwesend ist und die Zustimmung der erforderlichen Mehrheit vorliegt.

§ 3 - Abstimmungen

(1) Die Abstimmungen erfolgen durch Handzeichen. Auf Verlangen von mindestens einem Zehntel der anwesenden Stimmberechtigten findet geheime Abstimmung statt.

(2) Abänderungs- und Zusatzanträge haben bei der Abstimmung den Vorrang.

III. Wahlen

§ 4 - Allgemeines

(1) Die Wahlen zu den Organen der Bundespartei und ihren Gliederungen und die Wahlen zu den Schiedsgerichten sowie die Aufstellung von Bewerbern für Wahlen zu Volksvertretungen sind schriftlich und geheim. Bei den übrigen Wahlen kann offen abgestimmt werden, wenn sich auf Befragen kein Widerspruch erhebt und die Satzungen der Partei nichts anderes vorschreiben.

(2) Jeder gewählte Bewerber hat unverzüglich die Annahme der Wahl zu erklären. Die Erklärung kann auch schriftlich oder durch einen Bevollmächtigten abgegeben werden.

§ 5 - Vorstandswahlen

(1) „Bei Wahlen zum Bundesvorstand, bei Wahlen zu den Landesvorständen und zu den Vorständen der Gliederungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Es kann auch mit „Nein“ gestimmt werden.“

Wenn zwei oder mehr Bewerber kandidieren, muss bei Gleichstand der Bewerber mit den höchsten Stimmenzahlen eine Stichwahl stattfinden, bis einer der Bewerber eine einfache Mehrheit erzielt. Nach dreimaligem vergeblichem Wahlgang entscheidet das Los aus der Hand des Wahlleiters.

(2) Die Mitglieder des Bundesvorstandes werden vom Bundesparteitag in Einzelwahl gewählt. Beisitzer werden in Blockwahl gewählt.

(3) Für Vorschläge gilt § 11 (1) BGO.

§ 6 - Delegiertenwahlen

(1) Bei den Wahlen der Delegierten zum Bundesparteitag und bei den entsprechenden Delegiertenwahlen der Untergliederungen und der Wahl der jeweiligen Ersatzdelegierten wird in einem oder mehreren gemeinsamen Wahlgängen abgestimmt. Es ist zulässig, in demselben Wahlgang auch die Ersatzdelegierten zu wählen.

(2) Durch die Satzung oder durch den Beschluss des Wahlgremiums ist vor jedem Wahlgang die Zahl der in ihm zu wählenden Delegierten oder Ersatzdelegierten festzulegen. Auf einem Stimmzettel dürfen höchstens so viele Stimmen abgegeben werden, wie Delegierte oder Ersatzdelegierte und bei der Wahl in demselben Wahlgang Delegierte und Ersatzdelegierte zu wählen sind. Anderenfalls ist der Stimmzettel ungültig.

(3) Innerhalb eines jeden Wahlgangs gelten diejenigen als gewählt, die in der Reihenfolge der für sie abgegebenen Stimmen die höchsten Stimmenzahlen erreicht haben (relative Mehrheit). Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet, sofern es erforderlich ist, das Los aus der Hand des Wahlleiters.

§ 7 – Versammlungsleitung

Die am Bundesparteitag teilnehmenden stimmberechtigten Mitglieder wählen aus der Mitte des Parteitages den Versammlungsleiter.

§ 8 - Bundesschiedsgericht

(1) Der Vorsitzende des Bundesschiedsgerichts und sein Stellvertreter werden in Einzelwahl gemäß § 5 Abs. (1) gewählt. Soweit es mehr als zwei Landesverbände gibt, dürfen sie nicht demselben Landesverband angehören.

(2) Die Beisitzer des Bundesschiedsgerichts werden in einem Wahlgang mit einfacher Mehrheit gewählt. Die Bewerber mit den höchsten Stimmenzahlen sind als Beisitzer des Bundesschiedsgerichts in der Reihenfolge der erzielten Stimmen gewählt. Für die Wahl der Beisitzer kann jeder Landesverband Bewerber vorschlagen.

(3) Scheidet ein Mitglied des Bundesschiedsgerichts während der Amtsperiode aus, rückt der Ranghöchste, bei gleichem Rang der mit der höchsten Stimmenzahl gewählte Amtsinhaber, der die Voraussetzungen für das freigewordene Amt besitzt, nach.

(4) Nachwahlen zum Bundesschiedsgericht finden nur statt, wenn die ordnungsgemäße Besetzung des Bundesschiedsgerichts nicht mehr möglich ist.

§ 9 - Nach- und Ergänzungswahlen

(1) Für Nach- und Ergänzungswahlen gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Wahlen.

(2) Die so nachgewählten Personen führen ihr Amt nur für den verbleibenden Rest der Amtszeit.

§ 10 - Aufstellung der Bewerber für die Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Deutschen Bundestag

(1) Werden Wahlkreiskandidaten von Mitgliederversammlungen gewählt, sind alle Parteimitglieder als stimmberechtigt einzuladen, die im Wahlkreis wahlberechtigt sind.

(2) Wahlkreiskandidaten werden gemäß § 5 (1) gewählt.

(3) Werden für die Aufstellung von Wahlkreiskandidaten oder Wahllisten Wahlparteitage gewählt, sind zu der Delegiertenwahl alle Parteimitglieder als stimmberechtigt einzuladen, die in der wählenden Gliederung zu der bevorstehenden Wahl wahlberechtigt sind.

(4) Bei der Aufstellung von Wahllisten bestimmt die Wahlversammlung vorab, welche Plätze in Einzelwahl und welche Plätze in Blockwahl gewählt werden. Es zählt die einfache Mehrheit.

IV. Anträge

§ 11 - Antragstellung

(1) Anträge zur Behandlung auf dem Bundesparteitag und Vorschläge zur Wahl auf dem Bundesparteitag können gestellt werden

1. vom Bundesvorstand,
2. von jedem Landesverband,
3. von den Gebietsverbänden der ersten Stufe unterhalb der Landesverbände,
4. von 50 Mitgliedern. Die Antragsteller benennen ein Mitglied zum Vertreter des Antrags vor dem Bundesparteitag. Dieser Vertreter hat das Rederecht zu dem Antrag auf dem Bundesparteitag.
5. Bei einem Mitgliederstand von unter 500 (Stand 01.01. vor dem beschließenden Parteitag) sind auch fünf Mitglieder gemeinsam antragsberechtigt.

(2) Die Anträge zum Bundesparteitag sind bis spätestens vier Wochen vor dessen Beginn schriftlich bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen, die sie den Parteimitgliedern bzw. den Delegierten des Bundesparteitages binnen einer Frist von einer Woche zuleitet.

(3) Die Anträge der Gliederungen sind über die Landesverbände einzureichen. Ist die Weiterleitung der Anträge nachweisbar schuldhaft verzögert worden, werden diese auf Verlangen der Antragsteller auf dem Bundesparteitag behandelt.

(4) Der Bundesvorstand hat das Recht, Anträge ohne die Fristen des Abs. (2) schriftlich einzureichen.

(5) Die Bundesfachgruppen können über den Bundesvorstand Anträge oder Entschlüsse an den Bundesparteitag richten. Sie haben Anträge oder Entschlüsse bis spätestens sechs Wochen vor Beginn des Bundesparteitages dem Bundesvorstand zuzuleiten, der bis spätestens vier Wochen vor dem Bundesparteitag entscheidet, ob er den Antrag übernimmt oder ihn an den Bundesparteitag ohne Übernahme weiterleitet.

(6) Zu außerordentlichen Bundesparteitagen, die zu einem bestimmten Thema einberufen worden sind (Themenparteitag), können die Antragsberechtigten nach Abs. (1) nur zu diesem Thema und ohne Einhaltung einer Frist schriftlich Anträge stellen. Sonstige außerordentliche Bundesparteitage unterliegen den Regeln der Absätze (1) bis (5).

(7) Ohne Einhaltung der Fristen des Abs. (2) können Anträge von 50 Delegierten zum Bundesparteitag eingebracht werden (Dringlichkeitsanträge). In diesem Fall beschließt das angerufene Organ ohne Aussprache und ohne Begründung durch die Antragsteller, ob der Antrag behandelt werden soll. Das Recht zu sachlichen Begründung eines Antrages wird hiervon nicht berührt.

(8) Die Landessatzungen müssen Bestimmungen enthalten, in denen das Antragsrecht der Gliederungen zu den Landesparteitagen oder Landes(haupt)ausschüssen sowie zu Bezirksparteitagen im Sinne des Parteigesetzes geregelt ist.

§ 12 - Änderungsanträge

Im Laufe der Aussprache über einen Punkt der Tagesordnung kann jedes Mitglied des Organs Anträge dazu stellen. Das Organ entscheidet, ob über solche Anträge sofort verhandelt wird.

§ 13 - Geschäftsordnungsanträge

Geschäftsordnungsanträge sind:

1. Geheime Abstimmung
2. Namentliche Abstimmung
3. Schluss der Debatte
4. Ende der Rednerliste
5. Änderung der festgelegten Tagesordnung

Über die Anträge zur Geschäftsordnung wird nach Anhörung je eines Redners für und gegen den Antrag abgestimmt. Die Redezeit ist auf fünf Minuten begrenzt.

§ 14 - Behandlung der Anträge

(1) Anträge auf Änderung der Bundessatzung werden unter einem besonderen Tagesordnungspunkt behandelt.

(2) Die Reihenfolge der Behandlung der Anträge wird vom Bundesvorstand in der Tagesordnung festgelegt. Über die Tagesordnung wird zu Beginn des Parteitages abgestimmt.

(3) Der Bundesvorstand hat das Recht, höchstens einen Antrag als so genannten Leitantrag einzureichen, der von dieser Regelung ausgenommen ist. Für den Leitantrag gelten die Fristen nach § 11 (2).

(4) Der Bundesparteitag kann jeden Antrag ohne Aussprache an ein Gremium oder eine Fraktion der Partei überweisen. Verwiesene Anträge müssen auf die Tagesordnung des nächsten ordentlichen Bundesparteitages gesetzt werden, soweit dieser kein Themenparteitag ist.

(5) Untergliederungen und den weiteren Organen steht es frei, in ihren Satzungen und Geschäftsordnungen andere Verfahren zur Bestimmung der Antragsreihenfolge zu treffen. Ist dazu keine Regelung getroffen, werden Anträge in der Reihenfolge ihres Eingangs behandelt, sofern das Organ nichts anderes beschließt.

V. Allgemeine Bestimmungen

§ 15 - Redezeit

(1) Auf Antrag eines Mitglieds bzw. Delegierten kann der Bundesparteitag jederzeit eine Beschränkung der Redezeit und Schluss der Rednerliste beschließen; auf Antrag eines Mitglieds bzw. Delegierten, das/der zur Sache noch nicht gesprochen hat, auch Schluss der Debatte.

(2) Entsprechendes gilt für die übrigen Organe.

§ 16 - Vertraulichkeit

Beratungen und Beschlüsse eines Organs der Partei oder beratender Gremien können durch Beschluss für vertraulich erklärt werden. In diesem Beschluss ist auszusprechen, was unter Vertraulichkeit im einzelnen Falle zu verstehen ist.

§ 17 - Fristenberechnung und Ladungen

(1) Bei Fristen wird der Tag des Eingangs bzw. der Tag der Absendung nicht eingerechnet.

(2) Einladungen erfolgen schriftlich. Die Einladungsfrist ist gewahrt, wenn die Einladung rechtzeitig abgesandt worden ist.

(3) Die Schriftform der Einladung kann ersetzt werden durch Übersendung in elektronischer Form (E-Mail oder Fax), wenn vorher das Mitglied auf der Geschäftsstelle des einladenden Verbandes seine schriftliche Einwilligung hinterlegt hat, in welcher Empfangsart, unter welcher Adresse und an welchem Empfangsapparat Einladungen an das Mitglied versandt werden können.

§ 18 - Protokoll

(1) Von den Verhandlungen des Bundesparteitages ist eine Niederschrift zu fertigen, in der die gestellten Anträge, die gefassten Beschlüsse und die Ergebnisse der Wahlen festgehalten werden müssen. Daneben können die Verhandlungen auf elektronischen Datenträgern aufgezeichnet werden.

(2) Die Niederschrift nach Abs. (1) Satz zwei wird vom Protokollführer und dem Bundesvorsitzenden oder Versammlungsleiter unterzeichnet.

(3) Die Untergliederungen haben dem Bundesverband innerhalb von acht Wochen eine Abschrift des Protokolls zu übersenden.

§ 19 - Ergänzende Bestimmungen

Soweit die gesetzlichen Bestimmungen, die Bundessatzung und diese Geschäftsordnung nicht ausdrückliche Vorschriften enthalten, gilt die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags entsprechend.

Schiedsgerichtsordnung (SGO)

- I. Gerichtsverfassung
- II. Verfahren
- III. Schlussbestimmungen

I. Gerichtsverfassung

§ 1 - Grundlage

Die Schiedsgerichte der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz sind Schiedsgerichte im Sinne des Parteiengesetzes. Sie nehmen die ihnen durch das Parteiengesetz sowie durch die Satzungen und zugehörigen Ordnungen der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz und ihrer Gebietsverbände übertragenen Aufgaben wahr.

§ 2 - Schiedsgerichte

Schiedsgerichte sind:

1. die Landesschiedsgerichte,
2. das Bundesschiedsgericht.

§ 3 - Schiedsrichter

(1) Die Mitglieder der Schiedsgerichte sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Sie müssen Mitglieder der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz sein.

(2) Die Mitglieder der Schiedsgerichte dürfen nicht Mitglied eines Vorstandes der Partei oder eines Gebietsverbandes sein, in einem Dienstverhältnis zu der Partei oder einem Gebietsverband stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte oder Aufwandschädigungen beziehen.

(3) Mit Annahme ihres Amtes verpflichten sich die Mitglieder der Schiedsgerichte, alle Vorgänge, die ihnen in dieser Eigenschaft bekannt werden, vertraulich zu behandeln.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder der Schiedsgerichte beträgt vier Jahre. Sie beginnt am 1. Januar des auf die Wahl folgenden Jahres. Ergänzungswahlen gelten nur für den Rest der Amtszeit.

(5) Für die Ausschließung eines Schiedsrichters von der Ausübung seines Amtes und die Ablehnung eines Schiedsrichters wegen Besorgnis der Befangenheit gilt die Zivilprozessordnung.

§ 4 - Besetzung der Landesschiedsgerichte

(1) Die Landesschiedsgerichte bestehen aus dem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und bis zu drei Beisitzern. Sie werden vom Landesparteitag gewählt.

§ 5 - Geschäftsleitung

Dem Vorsitzenden obliegt die Geschäftsleitung des Landesschiedsgerichts, im Falle einer Verhinderung der Stellvertreter.

§ 6 - Spruchkörper des Landesschiedsgerichts

(1) Das Landesschiedsgericht verhandelt und entscheidet durch drei Schiedsrichter. Den Vorsitz führt der Vorsitzende.

(2) Der Vorsitzende wird durch seinen Stellvertreter, die Beisitzer werden unter Beachtung des Abs. (1) Satz eins nach Maßgabe eines vom Vorsitzenden für die Amtsperiode aufzustellenden Geschäftsverteilungsplans durch stellvertretende Beisitzer vertreten.

§ 7 - Geschäftsstelle

(1) Geschäftsstelle des Landesschiedsgerichts ist die Geschäftsstelle des Landesverbandes. Sie untersteht insoweit den Weisungen des Vorsitzenden.

(2) Die Geschäftsstelle hat die Akten des Landesschiedsgerichts nach rechtskräftiger Erledigung der Sache mindestens fünf Jahre aufzubewahren. Von der Vernichtung der Akten nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind in jedem Fall die Entscheidungen des Landes- und des Bundesschiedsgerichts auszunehmen. Die Geschäftsstelle stellt auf Anforderung den Protokollführer und ist für eine ordnungsgemäße Führung der Akten verantwortlich. Im übrigen ist für die geschäftsstellenmäßige Bearbeitung und für die Aktenordnung der vom Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichts herausgegebene Leitfaden zugrunde zu legen, soweit keine abweichende Regelung durch den Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts vorliegt.

(3) Alle Vorgänge, insbesondere Verhandlungen und Akten des Landesschiedsgerichts, sind vertraulich zu behandeln. Über Ausnahmen entscheidet der Vorsitzende.

(4) Der Vorsitzende kann bestimmen, dass die Aufgaben der Geschäftsstelle von der Geschäftsstelle eines anderen Gebietsverbandes wahrgenommen werden, wenn dieser zustimmt. Dies gilt nicht für Aufgaben nach Abs. (2) Satz eins.

§ 8 - Bundesschiedsgericht

(1) Das Bundesschiedsgericht besteht aus dem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und bis zu drei Beisitzern. Sie werden vom Bundesparteitag gewählt.

(2) Das Bundesschiedsgericht verhandelt und entscheidet mit einfacher Mehrheit.

(3) Die Regelungen über das Landesschiedsgericht gelten für das Bundesschiedsgericht entsprechend.

§ 9 - Zuständigkeit der Landesschiedsgerichte

(1) Die Landesschiedsgerichte sind zuständig für die Entscheidung über

1. die Anfechtung von Wahlen zu Organen und durch Organe des Landesverbandes und seiner Gliederungen sowie von Wahlen zur Aufstellung der Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen im Bereich des Landesverbandes,
2. Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder des Landesverbandes,
3. sonstige Streitigkeiten
 - a) des Landesverbandes oder eines ihm angehörigen Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern,
 - b) unter Mitgliedern des Landesverbandes, soweit das Parteiinteresse berührt ist,
4. Streitigkeiten zwischen dem Landesverband und ihm angehörigen Gebietsverbänden oder zwischen Gebietsverbänden innerhalb des Landesverbandes,
5. sonstige Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung des Satzungsrechtes der Partei, die im Bereich des Landesverbandes entstehen.

(2) Für ein Verfahren nach Abs. (1), das Mitglieder der Auslandsgruppen oder bundesunmittelbare Mitglieder betrifft, bestimmt das Bundesschiedsgericht, ob es selbst oder welches Landesschiedsgericht zuständig ist.

§ 10 - Zuständigkeit des Bundesschiedsgerichts

Das Bundesschiedsgericht ist zuständig für die Entscheidung über

1. Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte,
2. die Anfechtung von Wahlen durch Organe der Bundespartei, sowie von Wahlen zur Aufstellung der Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen auf der Ebene der Bundespartei,
3. sonstige Streitigkeiten
 - a) der Bundespartei mit einzelnen Mitgliedern,
 - b) zwischen Mitgliedern verschiedener Landesverbände, soweit das Parteiinteresse berührt ist,
4. Streitigkeiten zwischen der Bundespartei und Gebietsverbänden, zwischen Landesverbänden sowie zwischen Gebietsverbänden, die nicht demselben Landesverband angehören,
5. sonstige Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung des Satzungsrechts der Partei, soweit nicht § 9 Abs. (1) Nummer 5 Anwendung findet.

II. Verfahren

§ 11 - Antragsrecht

Antragsberechtigt sind

1. in Verfahren über die Anfechtung von Wahlen
 - a) der Bundesvorstand,
 - b) der Vorstandes jedes Gebietsverbandes, in dessen Bereich die Wahl stattgefunden hat,
 - c) ein Zehntel der stimmberechtigten Teilnehmer der Versammlung, die die angefochtene Wahl vollzogen hat,
 - d) wer geltend macht, in einem satzungsmäßigen Recht im Bezug auf die Wahl verletzt zu sein,
2. in Verfahren über Ordnungsmaßnahmen
 - a) der Bundesvorstand,
 - b) jeder für das betroffene Mitglied zuständige Vorstand eines Gebietsverbandes,
3. in allen übrigen Verfahren
 - a) der Bundesvorstand,
 - b) der Vorstand jedes Gebietsverbandes, der in der Sache betroffen ist,
 - c) jedes Parteimitglied, das in der Sache persönlich betroffen ist.

§ 12 - Anfechtung von Wahlen und Beschlüssen

(1) Die Anfechtung einer Wahl und von Parteitagsbeschlüssen ist nur binnen eines Monats nach Ablauf des Tages zulässig, an dem die Wahl oder Beschlussfassung stattgefunden hat. Die Anfechtung einer Wahl ist nur zulässig, sofern der behauptete Mangel geeignet war, das Ergebnis der Wahl zu beeinflussen.

(2) Eine satzungsmäßige Befugnis von Organen, bei Wahlverstößen die Wiederholung von Wahlen anzuordnen, bleibt unberührt.

§ 13 - Verfahrensbeteiligte

(1) Verfahrensbeteiligte sind

1. Antragsteller,
2. Antragsgegner,
3. Beigeladene, die dem Verfahren beigetreten sind.

(2) Das Schiedsgericht kann auf Antrag oder von Amts wegen Dritte beiladen, deren Interessen durch das Verfahren berührt werden. In allen Verfahren sind die übergeordneten Vorstände auf ihr Verlangen beizuladen.

(3) Der Beiladungsbeschluss ist dem Beigeladenen zuzustellen, den Verfahrensbeteiligten zu übermitteln. Der Beiladungsbeschluss ist unanfechtbar. Durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Schiedsgericht wird der Beigeladene Verfahrensbeteiligter.

§ 14 - Entscheidungen

Die Schiedsgerichte entscheiden mit Stimmenmehrheit. Ihre Beschlüsse sind schriftlich zu begründen, von den Richtern zu unterschreiben und den Verfahrensbeteiligten zuzustellen; dies gilt nicht für verfahrensleitende Entscheidungen, die in einer mündlichen Verhandlung verkündet werden.

§ 15 - Verfahrensleitende Anordnungen

Der Vorsitzende ist zum Erlass verfahrensleitender Anordnungen berechtigt und verpflichtet. Er kann dieses Recht durch schriftliche Erklärung auf den von ihm ernannten Berichterstatter übertragen.

§ 16 - Einleitung des Verfahrens

(1) Die Geschäftsstelle legt den Antrag auf Einleitung des Schiedsgerichtsverfahrens dem Vorsitzenden vor. Er bestimmt, um welche Verfahrensart es sich handelt.

(2) Nach Weisung des Vorsitzenden wird das Verfahren von der Geschäftsstelle durch Zustellung der Antragsschrift eingeleitet.

(3) Die Einlassungs- und die Ladungsfrist betragen zwei Wochen. Sie können vom Vorsitzenden unter Berücksichtigung des Umfangs oder der Dringlichkeit des Falles abweichend festgesetzt werden.

(4) Zugestellt wird gegen Empfangsbekanntnis (postalisch oder datenfernübertragend). Die Zustellung kann auch durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein bewirkt werden. Die Zustellung gilt auch dann als bewirkt, wenn die Annahme verweigert wird.

(5) Weitere Schriftsätze der Verfahrensbeteiligten und weitere Benachrichtigungen werden den Verfahrensbeteiligten von der Geschäftsstelle durch einfache Post übermittelt, sofern Zustellungen nicht erforderlich sind.

§ 17 - Beistände und Bevollmächtigte

Jeder Verfahrensbeteiligte kann sich eines Beistandes oder eines Verfahrensbevollmächtigten bedienen. Die Bevollmächtigung muss dem Schiedsgericht schriftlich nachgewiesen werden.

§ 18 - Schriftsätze

(1) Anträge, Stellungnahmen und Schriftsätze sollen in sechsfacher Ausfertigung bei der Geschäftsstelle des zuständigen Schiedsgerichts, im Falle des § 9 Abs. (2) bei der Geschäftsstelle des Bundesschiedsgerichts eingereicht werden. Im Falle des § 7 Abs. (4) können sie auch bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes, in Verfahren vor dem Bundesschiedsgericht auch bei der Bundesgeschäftsstelle eingereicht werden.

(2) Jeder Antrag ist zu begründen; das Tatsachenvorbringen ist mit Beweisangeboten zu versehen.

§ 19 - Weiteres Verfahren

(1) Nach Eingang der Stellungnahme oder Ablauf der Einlassungsfrist stellt der Vorsitzende die zur Entscheidung berufenen Mitglieder des Schiedsgerichts fest und bestimmt aus ihrem Kreis den Berichterstatter.

(2) Die Ladung oder Mitteilung, dass schriftlich entschieden werden soll, ist zuzustellen. Dabei ist den Verfahrensbeteiligten die Besetzung des Schiedsgerichts mitzuteilen.

§ 20 - Rechtliches Gehör

Alle Verfahrensbeteiligten haben Anspruch auf rechtliches Gehör. Den Entscheidungen dürfen nur solche Feststellungen zugrunde gelegt werden, die allen Verfahrensbeteiligten bekannt sind und zu denen sie Stellung nehmen konnten.

§ 21 - Vorbescheid

(1) Durch begründeten Vorbescheid kann der Vorsitzende entscheiden:

1. über Anträge auf Ausschluss aus der Partei wegen unterlassener Beitragszahlung,
2. über unzulässige oder offensichtlich unbegründete Anträge auf Einleitung eines Schiedsgerichts- oder Beschwerdeverfahrens,
3. wenn ein Antragsgegner zum Antrag des Antragstellers nicht fristgerecht Stellung genommen hat.

(2) Der durch den Vorbescheid beschwerte Verfahrensbeteiligte kann innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Vorbescheides mündliche Verhandlung beantragen. Wird der Antrag rechtzeitig gestellt, so gilt der Vorbescheid als nicht ergangen; sonst wirkt er als rechtskräftige Entscheidung.

§ 22 - Verfahrensentscheidung

(1) Das Schiedsgericht entscheidet nach mündlicher Verhandlung mit den Verfahrensbeteiligten und verkündet die Entscheidung mündlich.

(2) Das Schiedsgericht kann auch in Abwesenheit der oder eines Verfahrensbeteiligten verhandeln und entscheiden. Die Verfahrensbeteiligten sind in der Ladung darauf hinzuweisen.

(3) Mündliche Verhandlungen sind öffentlich für Parteimitglieder. Das Schiedsgericht kann die Öffentlichkeit ausschließen, wenn dies im Interesse der Partei oder eines Verfahrensbeteiligten geboten ist.

(4) Zur mündlichen Verhandlung kann das Erscheinen eines oder mehrerer Verfahrensbeteiligter angeordnet werden.

(5) Über die mündliche Verhandlung und jede Beweisaufnahme ist ein Protokoll anzufertigen. Es kann auf die Wiedergabe der wesentlichen Vorgänge der Verhandlung beschränkt werden. Angaben Verfahrensbeteiligter und Aussagen von Zeugen und Sachverständigen brauchen inhaltlich nicht protokolliert zu werden.

(6) Mit Zustimmung der Verfahrensbeteiligten, die nur bei einer wesentlichen Änderung der Verfahrenslage widerruflich ist, kann das Schiedsgericht ohne mündliche Verhandlung mit den Verfahrensbeteiligten beraten und entscheiden. Es bestimmt in diesem Fall einen Termin, bis zu dem Schriftsätze eingereicht werden können. Eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung ist unzulässig, wenn seit der Zustimmung der Verfahrensbeteiligten mehr als drei Monate vergangen sind.

(7) Mit Zustimmung der zur Entscheidung berufenen Schiedsrichter kann das Schiedsgericht im Falle einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung auch schriftlich beraten.

(8) Ist ohne mündliche Verhandlung entschieden worden oder wurde die Verkündung der Entscheidung nach einer mündlichen Verhandlung vertagt, wird die Verkündung durch die Zustellung des Beschlusses ersetzt.

§ 23 - Veröffentlichung

Das Schiedsgericht kann anordnen, dass seine Entscheidung in geeigneter Form veröffentlicht wird.

§ 24 - Eilmaßnahmen

(1) In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die ein sofortiges Eingreifen erfordern, kann der Vorstand der Partei oder eines Gebietsverbandes das betroffene Mitglied in Verfahren zur Enthebung von einem Parteiamt (§ 6 Abs. (1) Satz eins Nummer 3 der Bundessatzung) für die Dauer des Verfahrens von der Ausübung des Parteiamtes, in Verfahren über den Ausschluss aus der Partei (§ 6 Abs. (2) der Bundessatzung) von der Ausübung seiner Rechte als Mitglied ausschließen.

(2) Gegen einen solchen Beschluss kann der Betroffene beim Landesschiedsgericht Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen. Der Antrag hat keine aufschiebende Wirkung; diese kann auf Antrag hergestellt werden.

(3) Die Entscheidung des Landesschiedsgerichts ist unanfechtbar. Fällt das zuständige Schiedsgericht nicht innerhalb von vier Monaten eine Entscheidung in der Hauptsache, so verliert die Eilmaßnahme ihre Wirksamkeit.

§ 25 - Einstweilige Anordnungen

(1) Das Schiedsgericht kann auf Antrag eine einstweilige Anordnung erlassen.

(2) Zur Entscheidung über den Antrag nach Abs. (1) ist bei besonderer Eilbedürftigkeit auch der Vorsitzende oder ein von ihm beauftragtes Mitglied befugt. Jeder Verfahrensbeteiligte kann binnen einer Frist von zwei Wochen nach Zustellung Entscheidung durch das Schiedsgericht beantragen.

§ 26 - Beschwerde

Gegen die Entscheidungen des Landesschiedsgerichts ist die Beschwerde an das Bundesschiedsgericht zulässig. Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung beim Bundesschiedsgericht einzulegen.

§ 27 - Rechtsmittelbelehrung

(1) Die Beschwerdefrist beginnt nur zu laufen, wenn die Verfahrensbeteiligten über das Rechtsmittel, seine Form, über die Frist und das zuständige Gericht mit Angabe der Anschrift belehrt worden sind.

(2) Abs. (1) gilt für die Rechtsbehelfe nach § 21 und § 25 entsprechend.

III. Schlussbestimmungen

§ 28 - Kosten

(1) Das Schiedsgerichtsverfahren ist grundsätzlich kostenfrei. In Ausnahmefällen trifft das Schiedsgericht eine Kostenentscheidung nach billigem Ermessen.

(2) Das Schiedsgericht kann die Anberaumung eines Termins oder die Durchführung einer Beweisaufnahme von der Leistung von Kostenvorschüssen zur Deckung der notwendigen Auslagen abhängig machen.

(3) Außergerichtliche Kosten und Auslagen der Verfahrensbeteiligten sind nicht erstattungsfähig. Das Schiedsgericht kann die Erstattung anordnen, wenn die besonderen Umstände des Falles oder die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Verfahrensbeteiligten es angebracht erscheinen lassen.

§ 29 - Auslagen der Schiedsrichter

Die Mitglieder der Schiedsgerichte erhalten für ihre Tätigkeit keine Entschädigung. Ihre Auslagen, insbesondere ihre Reisekosten, werden ihnen von der Bundespartei bzw. dem Landesverband erstattet.

§ 30 - Ergänzende Vorschriften

Soweit diese Schiedsgerichtsordnung nichts anderes bestimmt, sind die Zivilprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz entsprechend anzuwenden.

§ 31 - Inkrafttreten

(1) Diese Schiedsgerichtsordnung tritt mit ihrer Verabschiedung durch den Bundesparteitag am 30. November 2013 in Kraft.

(3) Die Vorschriften dieser Schiedsgerichtsordnung sind von ihrem Inkrafttreten an auf alle anhängigen Schiedsgerichtsverfahren anzuwenden.

Finanz- und Beitragsordnung

Erster Abschnitt: Finanz- und Haushaltsplanung

§ 1 - Finanzplanung

(1) Die Bundespartei und die Landesverbände sind verpflichtet, Finanzpläne für einen Zeitraum von zwei Jahren aufzustellen. Den Gliederungen der Landesverbände und deren Untergliederungen wird dies empfohlen. Aus den Finanzplänen müssen sich der vorausgeschätzte jährliche Finanzbedarf und der jeweilige Deckungsvorschlag ergeben. Die Finanzpläne sind jährlich fortzuschreiben.

(2) Die Finanzpläne werden von den Schatzmeistern entworfen und von den Vorständen beschlossen.

(3) Der Bundesschatzmeister kann zur Abstimmung der Finanzpläne die Landesschatzmeister zu einer Konferenz einberufen. Vorsitzender dieser Konferenz ist der Bundesschatzmeister.

§ 2 - Haushalts- und Finanzkommission

(1) Der Bundesvorstand wählt für die Dauer seiner Amtszeit eine Haushalts- und Finanzkommission. Sie besteht aus max. fünf Mitgliedern. Der Bundesschatzmeister ist Mitglied kraft Amtes und zugleich Vorsitzender dieser Kommission. Diese Regelung gilt ab Bestehen sechs Landesverbänden.

(2) Den Landesverbänden und ihren nachgeordneten Gliederungen wird eine analoge Einrichtung empfohlen.

§ 3 - Haushaltsplanung

(1) Die Bundespartei und die Landesverbände sind verpflichtet, vor Beginn eines Rechnungsjahres einen Haushaltsplan aufzustellen.

(2) Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Die Haushaltspläne werden von den Schatzmeistern entworfen und spätestens zwei Monate vor Beginn eines Rechnungsjahres den Vorständen vorgelegt. Die Entscheidung und Verantwortung über die Haushaltspläne obliegt den Vorständen.

(4) Der Haushaltsplan der Bundespartei bedarf, bevor er dem Bundesvorstand vorgelegt wird, der Zustimmung der Haushalts- und Finanzkommission.

Zweiter Abschnitt: Finanzmittel und Ausgaben

§ 4 - Grundsätze

(1) Die Bundespartei, die Landesverbände und ihre nachgeordneten Gliederungen bringen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigten Finanzmittel ausschließlich durch die im Parteiengesetz definierten Einnahmearten auf.

(2) Die der Partei zugeflossenen Geldmittel dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke entsprechend den im Parteiengesetz definierten Ausgabenarten verwendet werden.

§ 5 - Zuwendungen von Mitgliedern und Mandatsträgern

(1) Zuwendungen von Mitgliedern sind Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge und Spenden.

(2) Mitgliedsbeiträge sind regelmäßige, von Mitgliedern nach satzungsrechtlichen Vorschriften periodisch entrichtete Geldleistungen.

(3) Mandatsträgerbeiträge sind Geldzuwendungen, die ein Inhaber eines öffentlichen Wahlamtes (Mandatsträger) über seinen Mitgliedsbeitrag hinaus regelmäßig leistet. Sie sind als solche gesondert zu erfassen.

(4) Spenden sind alle anderen Zuwendungen von Mitgliedern. Dazu gehören Sonderleistungen von Mitgliedern, Aufnahmegebühren, Sammlungen, Sachspenden und Spenden durch Verzicht auf Erstattungen, auf die ein Rechtsanspruch besteht.

§ 6 - Zuwendungen von Nichtmitgliedern

(1) Zuwendungen von Nichtmitgliedern an die Bundespartei, einen Landesverband oder an eine nachgeordnete Gliederung sind Spenden.

(2) Spenden können als Geldspenden, als Sachspenden oder durch Verzicht auf die Erfüllung einer vertraglichen Forderung geleistet werden.

(3) Mitglieder, die Spenden an die Partei angenommen haben, sind gesetzlich verpflichtet, diese unverzüglich an ein für Finanzangelegenheiten satzungsgemäß bestimmtes Vorstandsmitglied oder an einen hauptamtlichen Mitarbeiter der für das Mitglied zuständigen Gliederung oder des Landes- oder des Finanz- und Beitragsordnung weiterzugeben. Für Finanzangelegenheiten zuständig sind neben dem Schatzmeister der Vorsitzende und dessen Stellvertreter.

(4) Eine Spende, die mehreren Gliederungen anteilig zufließen soll, kann in einer Summe entgegengenommen und dem Spenderwunsch entsprechend verteilt werden.

§ 7 - Unzulässige Spenden

Spenden, die nach § 25 Abs. (2) PartG unzulässig sind, sind unverzüglich nach ihrem Eingang an den Spender zurückzugeben oder unter Darlegung des Spendenvorgangs zwecks Prüfung und weiterer Veranlassung entsprechend der gesetzlichen Vorschriften an den Bundesverband weiterzuleiten.

Dritter Abschnitt: Beitragsordnung

§ 8 - Beiträge

(1) Jedes Mitglied ist zur Zahlung eines Mitgliedsbeitrages jährlich bis zum 31. März verpflichtet. Die Zahlungspflicht ist eine Bringschuld untrennbar mit der Mitgliedschaft verbunden. Eine beitragsfreie Mitgliedschaft ist unzulässig.

(2) Die Höhe des Mitgliedsbeitrages beträgt:

- A 48 €
- B 60 € für Ehepaare/eingetragenen Lebenspartnerschaften
- C 30 € ermäßigt auf Antrag

(3) Ermäßigung wird gewährt bei Einkommen entsprechend den Voraussetzungen für die Sicherung im Alter, in der Ausbildung, im Studium oder bei Bezug von Hartz IV. Bei Antrag auf Ermäßigung und jährlich bis 31.03. sind die Voraussetzungen durch Belege nachzuweisen. Die Voraussetzungen sind von der Gliederung, der die Beitragshöhe zukommt, gewissenhaft zu prüfen. Die Belege sind auf Verlangen weiteren beitragsbegünstigten Gliederungen vorzulegen.

§ 9 - Entrichtung der Beiträge

(1) Mitgliedsbeiträge sind periodisch unaufgefordert im Voraus zu leisten.

(2) Bei der Zahlung ist der Zeitraum, für den der Beitrag entrichtet wird, anzugeben.

(3) Die Aufrechnung von Mitgliedsbeiträgen mit Forderungen an die Bundespartei, an einen Landesverband oder an eine nachgeordnete Gliederung ist nicht statthaft.

§ 10 - Anspruch auf Mitgliedsbeiträge

(1) Die Beitragshöhe steht dem Bundesverband zu. Nach Gründung von Landesverbänden beschließt die Konferenz des Bundes- und der Landesschatzmeister, vgl. § 16. über eine Übertragung oder teilweise Übertragung der Beitragshöhe auf den Landesverband.

(2) Durch die Landessatzung wird bestimmt, welcher Gebietsverband Anspruch auf die Erhebung und Vereinnahmung der Beiträge hat (Beitragshoheit). Grundsätzlich verbleiben die eingenommenen Beiträge diesem Verband. Das aus der Beitragshoheit abgeleitete Recht der Beitragserhebung kann durch Beschluss des jeweils zuständigen Vorstandes auf andere Gliederungen oder auf einen zentralen Mitgliederservice der Partei übertragen werden.

(3) Soweit den Landesverbänden eine Beitragshoheit übertragen wurde, haben übergeordnete Verbände oder Untergliederungen des die Mitgliedsbeiträge erhebenden Verbandes Anspruch auf eine nach Mitgliederzahl zu ermittelnde Umlage.

(4) Kommt ein Gebietsverband seinen Umlagepflichten nicht nach, ist der zuständige Landesvorstand verpflichtet, der Gliederung zur Sicherung der Umlageleistungen das Recht der Beitragserhebung zu entziehen und dieses mit den damit verbundenen Abführungspflichten auf einen der säumigen Gliederung übergeordneten Verband widerruflich zu übertragen oder die Beitragserhebung selbst auszuüben.

Andere satzungsmäßige und wahlgesetzliche Rechte und Pflichten der säumigen Gliederung und die Rechte und Pflichten der dort geführten Mitglieder bleiben durch den Verlust des Beitragserhebungsrechts unberührt.

Entsprechendes gilt, wenn ein Gebietsverband nachhaltig gegen seine Pflichten aus § 8 und § 11 dieser Ordnung verstößt.

(5) Das satzungsmäßig zuständige Organ des erhebenden Verbandes entscheidet über die Abführung der Mitgliederumlage an seine Untergliederungen.

(6) Die Parteitage der übergeordneten Gliederungen entscheiden über die Höhe der Mitgliederumlage, die an sie abzuführen ist.

(7) Die Vorstände der den abführungspflichtigen Verbänden übergeordneten Gliederungen sind verpflichtet, die Umlageleistungen zu überwachen und bei Säumigkeit durch geeignete Maßnahmen einschließlich der Empfehlung, die Entlastung zu versagen, auf die Erfüllung der Abführungspflicht hinzuwirken.

§ 11 - Verletzung der Beitragspflicht

Mitglieder, die mit der Entrichtung ihres Beitrages mehr als zwei Monate in Verzug sind, sind schriftlich zu mahnen.

§ 12 - Mandatsträgerbeiträge

(1) Inhaber eines öffentlichen Wahlamtes (Mandatsträger) sollen außer ihrem Mitgliedsbeitrag zusätzlich einen regelmäßigen Mandatsträgerbeitrag entrichten. Vorbehaltlich § 12 Abs. 2 wird der Beitrag auf mindestens 10 % festgesetzt. Die Beitragshöhe bestimmt sich nach den Diäten und nicht nach Aufwandsentschädigungen oder Gehältern.“

(2) Höhe und Einzelheiten der Entrichtung sollen die zuständigen Schatzmeister mit den Mandatsträgern bei Einwilligung in die Kandidatur für die Dauer einer Amtsperiode vereinbaren.

§ 13 - Finanz- und Beitragsordnungen der Gliederungen

Die Landesverbände können sich durch ihre Parteitage eigene Finanz- und Beitragsordnungen geben. Sie müssen mit den grundsätzlichen Bestimmungen dieser Ordnung übereinstimmen und können auf sie verweisen. Im Rahmen der Ordnungen der Landesverbände können nachgeordnete Gliederungen durch Parteitage eigene Regelungen treffen.

Vierter Abschnitt

Buchführung/Rechnungswesen/Finanzausgleich

§ 14 - Pflicht zur Buchführung und zur Rechenschaftslegung

(1) Die Bundespartei, die Landesverbände und die nachgeordneten Gliederungen haben unter der Verantwortung der Vorstände Bücher nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und unter

Beachtung der verbindlichen Richtlinien nach Abs. (2) zu führen und jährlich den Rechenschaftsbericht nach den Vorschriften des Fünften Abschnittes des Parteiengesetzes aufzustellen.

(2) Der Bundesschatzmeister ist berechtigt und verpflichtet, zur einheitlichen Gestaltung des Rechnungswesens im Sinne des Parteiengesetzes Anweisungen zu erlassen und verbindliche Richtlinien herauszugeben.

(3) Um die nach § 24 Abs. (1) Satz vier des Parteiengesetzes vorgeschriebene namentliche lückenlose Aufstellung aller Zuwendungen jährlich erstellen zu können, werden alle den Gliederungen eines Landesverbandes zufließenden Zuwendungen (Beiträge und Spenden) auf nach Gebietsverbänden geordneten Personenkonten zentral durch den Bundesverband erfasst.

(4) Die Erfassung ist keine Vereinnahmung. Das Verfügungsrecht verbleibt uneingeschränkt bei der begünstigten Gliederung. Die Zuwendung wird dort als Einnahme gebucht.

§ 15 - Quittungen über Zuwendungen

Beitrags- und Spendenquittungen werden ausschließlich von der Bundespartei anhand der Personenkonten ausgestellt.

§ 16 - Finanzausgleich nach § 22 Parteiengesetz

(1) Die Festlegung des gesetzlich vorgeschriebenen angemessenen Finanzausgleichs zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden wird von der Konferenz des Bundes- und der Landesschatzmeister vorgenommen.

(2) Vorsitzender der Konferenz ist der Bundesschatzmeister.

(3) Die Konferenz wird vom Bundesschatzmeister nach Bedarf oder auf Verlangen der Vorstände von drei Landesverbänden binnen einer Frist von vier Wochen einberufen.

(4) Beschlüsse der Konferenz werden im Einvernehmen zwischen dem Bundesschatzmeister und einer Zweidrittel-Mehrheit der Landesschatzmeister gefasst.

(5) Der Bundesschatzmeister und die Landesschatzmeister können im Falle ihrer Verhinderung einen stimmberechtigten Vertreter für die Konferenz benennen.

§ 17 - Prüfungswesen

(1) Der Bundesverband, die Landesverbände und die nachgeordneten Gliederungen sind verpflichtet, die Buchführung, die Kasse und das Rechnungswesen durch satzungsgemäß bestellte Rechnungsprüfer entsprechend § 9 (5) des Parteiengesetzes prüfen zu lassen.

(2) Zum Rechnungsprüfer kann nur bestellt werden, wer Mitglied der Partei ist. Rechnungsprüfer dürfen dem Vorstand des Verbandes, den zu prüfen sie bestellt worden sind, nicht angehören und dürfen in keinem Dienstverhältnis zu dem zu prüfenden Verband oder zu einer diesem nachgeordneten Gliederung stehen.

(3) Der Bundesverband und die Landesverbände bestellen Wirtschaftsprüfer zur Prüfung ihrer Rechenschaftsberichte gem. §§ 23 Abs. (2) Satz eins, und 29 bis 31 des Parteiengesetzes.

(4) Der Bundesvorstand, vertreten durch den Bundesschatzmeister, kann durch beauftragte Revisoren jederzeit ohne Angabe von Gründen die Buchführung und das Rechnungswesen jeder Gliederung prüfen.

(5) Alle im Prüfungswesen tätigen Personen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Fünfter Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen/Rechtsnatur

§ 18 - Rechte der Schatzmeister

(1) Die Schatzmeister der Bundespartei und der Landesverbände vertreten ihre Verbände innerparteilich und nach außen in allen wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten.

(2) Die Schatzmeister aller Verbände sind berechtigt, außerplanmäßigen Ausgaben oder solchen, die nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind, zu widersprechen. Der Widerspruch bewirkt, dass die vorgesehene Ausgabe nicht getätigt werden darf, es sei denn, der zur Entscheidung befugte Vorstand lehnt mit Zweidrittelmehrheit der Stimmberechtigten den Widerspruch ab und stellt den Schatzmeister von der Verantwortung für diese Ausgabe frei.

§ 19 - Schadensersatz

Erfüllt ein Gebietsverband die Vorschriften des Parteiengesetzes oder dieser Ordnung nicht, so haben sie den der Bundespartei und/oder anderen Gliederungen entstehenden Schaden auszugleichen. Die persönliche Haftung der für die Schadensverursachung verantwortlichen Vorstandsmitglieder aus schuldhafter Amtspflichtverletzung und die Möglichkeit, gegen diese ein Schiedsgerichtsverfahren nach § 6 der Bundessatzung einzuleiten, bleiben unberührt.

§ 20 - Aufrechnungsverbot

Die Aufrechnung von Zuwendungen an die Partei oder an eine ihrer Gliederungen mit Forderungen an die Partei oder an eine ihrer Gliederungen ist, aus welchen Rechtsgründen auch immer, nicht statthaft.

§ 21 - Rechtsnatur

Diese Finanz- und Beitragsordnung ist Bestandteil der Bundessatzung. Sie ist verbindliches, unmittelbar wirkendes Satzungsrecht für die Landesverbände und die nachgeordneten Gliederungen und geht allen Finanz- und Beitragsordnungen der Gebietsverbände vor.

§ 22 - Inkrafttreten

Die in der Gründungsversammlung am 30. November 2013 beschlossene Satzung und obige Ordnungen treten mit Beschluss in Kraft. Am Bundesparteitag vom 29. November 2015 wurden Änderungen beschlossen, die mit Beschluss wirksam sind.

Parteiprogramm der

Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz

I. Grundsätze

Mit der Gründung unserer Partei wollen wir Menschenrechtler, Tier- und Umweltschützer für politische Mitarbeit gewinnen, um - getragen von Vernunft und Mitgefühl - ein friedliches Zusammenleben zu gestalten. Tierquälerei, Massentierhaltung, unbegrenzter Tierhandel, Tierversuche... daran hat sich seit Jahrzehnten kaum etwas zum Besseren verändert! Deshalb treten wir an, um Tierschutzpolitik zu einem Schwerpunktthema zu machen, denn Tierschutz ist auch Menschenrecht! Wir treten ein für den Menschen. Der Mensch, nicht der Staat, steht an erster Stelle im Grundgesetz!

Mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 04. Juli 1776 wurde formuliert: „**Alle Menschen sind gleich geschaffen**“ und „**der Schöpfer hat ihnen bestimmte unveräußerliche Rechte verliehen**“, zu denen „**Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören**“.

Nicht einbezogen waren damals Sklaven. Sie zählte man - für uns heute völlig unverständlich - nicht als Menschen und eigentlich waren mit der Formulierung auch nur die Männer gemeint. Die Frauenrechtsbewegung war noch unbekannt.

Wir wollen eine Allianz bilden, die einerseits für die Verwirklichung der Menschenrechte eintritt und andererseits praktischen Tier- und Umweltschutz auf allen politischen Ebenen unterstützt.

1. Schutz der Tiere

Tiere sind wie wir Mitbewohner der Erde, die Schmerzen und Freude empfinden. Entwicklungsgeschichtlich sind wir mit einigen von ihnen enger (Primaten, Säugetiere), mit anderen (Fische) weiter verwandt. Getragen von Mitgefühl und Vernunft wollen wir die Tiere nach ihrer Art einbeziehen in der Gestaltung des Zusammenlebens auf der Erde und in dem Bestreben, allen ein glückliches Leben zu ermöglichen.

Ziel unserer politischen Arbeit ist „... **aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.**“ (zitiert aus § 1 Tierschutzgesetz, 24.07.1972 – Nov. 2013).

Wie wichtig unser Einsatz ist, zeigt schon das Ergebnis der kürzlich erfolgten Überarbeitung dieses Tierschutzgesetzes im Deutschen Bundestag. Trotz aller Diskussionen und Aufklärungskampagnen zahlreicher engagierter Tierschützer und Organisationen sind schlimmste Missstände erhalten geblieben. Nach wie vor gibt es kein Verbot des Akkordschlachtens! Kein Verbot des Schenkelbrandes bei Pferden! Nicht einmal zu einer sofortigen Abschaffung der betäubungslosen Ferkelkastration konnte man sich durchringen!

Wir wollen den im Grundgesetz verbrieften Grundrechten Geltung verschaffen, Art. 1 – Art. 19 GG und die Staatszielbestimmung Art. 20 a GG mit Leben erfüllen:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Das Grundgesetz will mit dieser Staatszielbestimmung nicht nur Tierarten, sondern auch das individuelle Tier schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Tieren weiterführend Schutzrechte einzuräumen. In der Mitte der Gesellschaft wollen wir daran arbeiten, dass sich die Einstellung zum Tier ändert und der Mensch Verantwortung für die Tiere und den Schutz der Lebensgrundlagen übernimmt.

2. Aufklärung und Übernahme von Verantwortung

Das Ziel der Aufklärung, die Herausführung des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unvernunft, ist bei Weitem noch nicht erreicht und gewinnt heute neue Aktualität. Der frühere Untertanengeist gegenüber Fürst und Herrscher findet seine Fortsetzung im passiven Konsumenten, der fordert, aber nicht bereit ist, selbst aktiv zu werden und Verantwortung zu übernehmen. Ziel der Bildung muss es sein, jeden Menschen nach seinen Fähigkeiten - unabhängig von seiner Herkunft - zu fördern, um ihm einen Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen und ihn in die Lage zu versetzen, selbstständig und selbstbewusst seinen Weg im Leben zu gehen.

3. Politische Mitwirkung des Menschen

Dieser Mensch, der Verantwortung übernimmt, ist das Maß für Gesellschaft und Politik. In seiner Gesamtheit ist er das Volk: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“, Art. 20/II GG. Dieser tragende Grundsatz unseres Staates ist mit Leben zu erfüllen. Die Stärkung von Elementen der direkten Demokratie halten wir für wesentlich.

4. Sozialstaat ohne Bevormundung

Die Errungenschaft des Sozialstaates zum Schutz des Menschen ist die gesellschaftliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte. Es ist hierbei zu verhindern, dass der Staat, insbesondere die Verwaltung, den Menschen wie ein Objekt behandelt. Es muss für Jeden nicht nur das Existenzminimum, sondern auch eine unantastbare Privatsphäre gesichert werden. Jeder hat das Recht, in eigener Bestimmung sein Leben zu verwirklichen. Kern dieses Schutzbereichs sind die Familie bzw. die Lebenspartnerschaft in jeglicher Vielfalt.

5. Effektive Sicherung der Lebensgrundlagen

Wir sehen die soziale Marktwirtschaft als gegenwärtig geeignetstes Modell für die Sicherung des Bedarfs für ein gutes Leben an. Auswüchse eines ungebremsten Kapitalismus und der Raubbau an natürlichen Ressourcen in Verantwortung für künftige Generationen müssen verhindert werden.

6. Friedlicher Umgang miteinander und freie Meinungsäußerung

Gewaltanwendung lehnen wir grundsätzlich ab. Ziel ist der Wettstreit von Argumenten, die in gegenseitigem Respekt frei geäußert werden und über die nach demokratischen Grundsätzen eine Entscheidung herbeigeführt wird. Aus diesem Grund ist auch der Schutz einer vielfältigen freien Presse wesentlich.

7. Sicherheit und Recht

Grundlage des gesellschaftlichen Miteinanders ist das Recht. Freiheit ohne Sicherheit ist unmöglich. Jedoch ist einer Regulierungswut Einhalt zu gebieten und fortlaufend zu überprüfen, ob Regelungen überhaupt noch notwendig sind.

II. Konkrete- und mittelfristige Ziele im Bereich Mensch - Gesellschaft

1. Politische Mitbestimmung

Die Mitbestimmung des Volkes ist als Ziel im Grundgesetz festgelegt. Es wäre ein Fehler zu meinen, dieses Ziel sei auch nur annähernd erreicht. Die schwindende Wahlbeteiligung zeigt die Abkehr der Bürger/innen von der Politik. Selten war das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit von Politiker/innen geringer als jetzt. Folge hiervon ist das vermehrte Auftreten von reinen Protestparteien. Jede Generation hat die Aufgabe, eine lebendige Demokratie zu erstreiten. Nur Bürger/innen, die mitbestimmen können, akzeptieren politische Entscheidungen und unser Gemeinwesen als ihr eigenes.

Wir setzen uns ein für:

1.1 Direkte Bürgerbeteiligung auf allen politischen Ebenen!

Wir stehen für direkte Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen und sehen die Notwendigkeit einer bundesweiten direkten Mitbestimmung unserer Menschen. Darum ist die Forderung nach der längst überfälligen Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene neben unserem Einsatz für Tier- und Naturschutzbelange eines unserer Hauptanliegen für die nächsten Jahre!

1.2 Teilhabe kleiner Parteien an politischer Mitbestimmung! – Senkung der Sperrklausel auf 3 %!

Neuen Ideen in neuen Parteien muss eine Chance gegeben werden. Die 5 % -Hürde ist weit überzogen, Stimmen von Millionen von Wähler/innen, die sich bewusst für eine kleine Partei entschieden haben, werden so entwertet. Problem ist jedenfalls derzeit die Indifferenz etablierter Parteien.

2. Menschenwürde

Menschenwürde muss für ALLE gelten!

Eine Steigerung der Oblachlosenzahlen auf über 280.000 im Jahr 2012 sind ein deutliches Alarmzeichen für eine Fehlentwicklung in der Sozialpolitik. Mit der Gewährung einer Grundsicherung nimmt sich der Staat heraus, die Menschen immer mehr zu Objekten zu degradieren. Die Grundsicherung muss als Garantie des Lebens und der Gesundheit bedingungsfrei gewährt werden! Kürzungen dieses Mindestbetrages, um vermeintliches Wohlverhalten zu erzwingen, lehnen wir ab. Einmischungen in die Bildungspläne begabter Kinder aus sozial schwachen Familien, um diese Kinder vom Studium abzuhalten, oder arbeitswillige und –fähige ältere Leistungsbezieher, die man trotz steigendem Renteneintrittsalter zwangsweise in den Vorruhestand versetzt, sind weitere Auswüchse einer sich verselbstständigenden Bürokratie.

Bei allem Verständnis dafür, dass der Staat sicher keinen arbeitslosen Millionär finanziell unterstützen sollte und auch gegen Sozialmissbrauch konsequent vorgegangen werden muss, sind wir für einen weitergehenden Schutz des Privatvermögens (anrechenbares Grundvermögen) bei Leistungsbezug. Ein bescheidenes Privatvermögen ermöglicht und fördert den Einstieg in die Arbeitswelt und verhindert eine gesellschaftliche Degradierung. Der Ist-Zustand ist untragbar. Menschen werden bereits bei kurzfristigem Leistungsbezug gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen, ihr mühsam Angespartes aufzubrauchen, wenn sie nur minimal über den vorgegebenen Grenzen liegen.

Entwürdigend ist es für ältere Menschen, die trotz eines arbeitsreichen Lebens nur geringe Anwartschaften erwerben konnten, zu Bittstellern beim Sozialamt zu degradieren. Folge ist wiederum die völlige Offenlegung der Privatsphäre incl. ständiger Überprüfung, Kontrolle und Eingriffen in die Lebensführung. Die Arbeitspolitik der letzten Jahrzehnte zielte darauf ab, Arbeitsplätze mit niedrigen und Teileinkommen (Mini-Jobs, Teilzeitarbeit, Zeitarbeit etc.) zu schaffen. Diese Bürger/innen haben kaum eine Chance, Rentenanwartschaften aufzubauen, die über dem Sozialhilfeniveau liegen.

2.1 Bildungspolitik

Jedem Menschen ist - unabhängig von seiner sozialen Herkunft – nach seinen Fähigkeiten der freie Zugang zu allen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen. Wir sind sehr wohl für die Beibehaltung der Bildungskompetenz der Länder, fordern aber bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen! Man erwartet heute, dass die Arbeitnehmer mobil sind und sich auch in anderen Regionen bewerben. Wenn sie dann aber ihre Familien nachholen, stehen sie oft vor dem Problem, dass die Schulbücher nicht mehr aktuell sind, die Rechtschreibung nach einem anderen System erlernt wird, völlig andere Fremdsprachen gelehrt werden und eine Eingliederung der Kinder nur mit Schwierigkeiten möglich ist. Daher ist eine unserer Forderungen für eine Chancengleichheit unserer Kinder und Jugendlichen: „Schluss mit dem Chaos „16 Bundesländer – 16 verschiedene Schulsysteme“ in der Schullandschaft!

Außerdem halten wir die Einführung eines umfassenden Themenbereichs „Umwelt- und Tierschutz“ als verpflichtender Bestandteil des Unterrichts für zeitgemäß und überfällig!

Offenbar haben einige Landesregierungen den ländlichen Raum bereits aufgegeben. Eine pauschale Schulschließung nur nach Schülerzahlen ist abzulehnen. Ziel muss die Erhaltung der Schule in einer gewachsenen Gemeinschaft sein. Es ist jeweils individuell zu betrachten, ob die Schülerzahl in den Folgejahren nicht steigt oder gesteigert werden kann, z. B. durch Ansiedlung von Betrieben und daraus folgender Bevölkerungszunahme.

2.2 Soziales und Arbeit

Die Berufsfreiheit ist in Art. 12 GG geschützt. Der Staat ist verpflichtet, die Grundlagen zu sichern, dass eine Ausbildungsstätte, aber auch ein Arbeitsplatz gewählt werden kann, also ein menschenwürdiger Arbeitsplatz vorhanden ist.

Es muss verhindert werden, dass Leiharbeiter/innen als billige Arbeitskräfte missbraucht werden und Unternehmen vermeiden, reguläre Arbeitsplätze zu schaffen. Und es muss gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden!

Erstes Ziel der Wirtschaftspolitik muss die Schaffung von Arbeitsplätzen sein! Hierbei ist zu sichern, dass insbesondere auch kleine und mittelständische Unternehmen nicht zu sehr durch immer weitere Abgaben und neue bürokratische Gängeleien belastet werden. Es muss als Alarmzeichen gewertet werden, wenn die Presse im Jahr 2013 berichtet, dass immer weniger Menschen den Weg in die Selbstständigkeit wagen. Es können nicht alle beim Staat (Rentenversicherung etc.) oder in staatsnahen Betrieben (AOK etc.) beschäftigt werden!

Der Mittelstand umfasst aktuell „rund 99,7 % aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, in denen knapp 65,9 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten angestellt sind, rund 38,3 % aller Umsätze erwirtschaftet werden sowie rund 83,0 % aller Auszubildenden ausgebildet werden.“ (Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Mittelstand>).

Indem man den Weg in die Selbstständigkeit noch weiter erschwert, verhindert man die Schaffung neuer Arbeitsplätze und setzt die Zukunft unseres Landes aufs Spiel. Angesichts fortschreitender Globalisierung und weiter steigendem Wettbewerbsdruck ist es dringend geboten, die Beitragslast für kleine und mittelständige Unternehmen zu senken. Auch steigt der Aufwand der Unternehmen für die Bearbeitung der immer neuen staatlichen bürokratischen Anforderungen. Diese sind teilweise so diffizil und undurchschaubar, dass man sie mittlerweile nicht mehr allein bewältigen kann (Steuererklärungen, Berechnungen der Sozialabgaben für die Mitarbeiter u. a.). Hier muss eine Vereinfachung und Pauschalierung erfolgen, um wieder Lust am Unternehmertum zu wecken!

2.3 Familienpolitik

Wir erachten den Schutz der Familie für erforderlich und sprechen uns gegen eine Vergesellschaftung von Beziehungen oder der Kindererziehung aus. Der Familie sind eingetragene Lebenspartnerschaften gleichzustellen. Mit der Gleichstellung werden auch die Kinder gefördert. Kinder brauchen ein „Nest“, und dieses „Nest“ ist nicht abhängig von der Lebensweise der Eltern. Auch Regenbogenfamilien können ein solches Nest bieten.

2.4 Gleichberechtigung der Geschlechter

Ein ausgeglichenes Verhältnis der Rechte von Mann und Frau herzustellen ist ein fortlaufender Prozess. Die sexuelle Orientierung eines Menschen darf zu keiner Benachteiligung führen. Frauen stellen zwar einerseits die Mehrzahl der Studierenden, sind aber andererseits noch immer unterproportional in leitenden Stellungen vertreten.

Diskriminierungserscheinungen in der Gesellschaft sind zu verdeutlichen und zu beseitigen. Die Liberalisierung der Prostitution von Rot/Grün mag ein gut gemeinter Ansatz zugrunde gelegen haben, nämlich die Würde der Prostituierten nachgehend zu schützen. Dieser Weg hat sich jedoch als absoluter Bumerang erwiesen. Deutschland ist aktuell der Tummelplatz von Menschenhändlern, die (oft minderjährige) Frauen aus dem Ausland unter Vorspiegelung falscher Versprechen ins Land locken.

Die Diskriminierung von Prostituierten kann am besten beseitigt werden, wenn – wie beispielsweise in Schweden – Freier endlich strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Als ersten Schritt fordern wir eine konsequente Verfolgung und Bestrafung der Freier minderjähriger und Zwangsprostituierten. Ein echtes respektvolles gesellschaftliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Mann und Frau ist nicht möglich bei Duldung von Prostitution, so dass wir uns langfristig für die Übernahme der Regelung aus Schweden – ein vollständiges Verbot – aussprechen. Hierzu wird es jedoch einer breiten gesellschaftlichen Debatte bedürfen, die wir für längst überfällig erachten!

2.5 Gesundheitspolitik

Wir sprechen uns gegen eine Zwei-Klassen-Medizin aus. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir eine Bevormundung durch den Staat hinsichtlich Art und Anzahl der Kassen befürworten. Nicht die Leistungen der privaten Kassen sind zu verschlechtern, sondern die der gesetzlichen Krankenkassen zu verbessern. Im Vordergrund des Gesundheitswesens sollte immer das Wohl des Menschen stehen.

Nachhaltige Gesundheitspolitik heißt nicht, aus Gründen einer kurzfristigen Kostensenkung immer mehr Leistungen aus dem Katalog zu nehmen und die Zahl der niedergelassenen Ärzte weiterhin zu reduzieren, sondern beginnend mit einer umfassenden Vorsorge bereits die Entstehung von Krankheiten zu verhindern und für Früherkennung zu sorgen.

Wichtiger Bestandteil einer modernen Gesundheitspolitik muss die ausgewogene Ernährung sein. Ursache vieler Krankheiten ist das Übergewicht, verursacht durch zu fette und/oder fleischlastige Kost. Dies abzubauen und sich gegen die mächtige Agrar- und Fleischlobby zu stellen ist eine vorrangige Aufgabe.

Zudem befürworten wir eine Vereinfachung der Leistungsabrechnungen, damit der Arzt wieder Zeit für seine Patienten hat.

2.6 Demografischer Wandel

Spezifische Gründe für die dramatische Abwanderung junger Menschen aus ländlichen Gebieten sind vor allem die mangelnden Arbeitsplätze und fehlende Perspektiven, sich eine eigene Existenz in der Heimat aufbauen zu können. Die anfängliche Hoffnung, dass in den sog. neuen Bundesländern allein durch den Soli-Beitrag und Infrastrukturmaßnahmen der Anschluss an die alten Länder geschafft wird, hat sich nicht erfüllt. Fehlende Arbeitsplätze, niedriges Einkommen und Abwanderung führen zu einer Abwärtsspirale, die angehalten werden muss. Es bedarf dringend eines weiteren Anschubs für die wirtschaftliche Entwicklung, die inzwischen aber nicht mehr pauschal nach Ost/West, sondern nach tatsächlicher Hilfsbedürftigkeit zu beurteilen ist. Notwendig ist, durch steuerliche Anreize gewerbliche und Forschungsinvestitionen im Land zu fördern.

Zur Entwicklung des ländlichen Raums ist eine Stärkung der Gemeinden notwendig. Dort haben sich - teilweise über Jahrhunderte - Gemeinschaften mit einer eigenen Identität gebildet. Industrielle Mastanlagen von meist ausländischen Investoren zerstören die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Deren Chancen, insbesondere im ökologischen Anbau, sind zu verbessern. Der Bedarf an regional erzeugten biologischen Lebensmitteln nimmt aufgrund ständig neuer Lebensmittelskandale zu und kann im Moment aus heimischer Produktion überhaupt nicht gedeckt werden.

Eine Chance sehen wir auch in der Schaffung von Ruheoasen. Großstadtbewohner, die vielleicht mal für ein Wochenende aus ihrem Alltag heraus- und zur Ruhe kommen wollen, Krankenkassen, die ihren Mitgliedern die Möglichkeit zum Krafttanken anbieten möchten, sehen wir hier als potentielle Interessenten. Entwickeln ließe sich hieraus ein sanfter Tourismuszweig incl. Gastronomie, Lehrpfaden, Kräutergärten, Baumschulen, Kreativwerkstätten, therapeutische Angebote usw.)

2.7 Sicherheit, Justiz und Kriminalitätsbekämpfung

Freiheit kann nur gewährleistet werden, wenn der Staat für Sicherheit sorgt. In der Welt, die wir uns vorstellen, können Kinder auch unbeaufsichtigt auf Spielplätzen toben und Frauen nachts allein durch den Park gehen. Daher ist konsequent gegen auch die Anfänge der Kriminalität, insbesondere auch der Jugendkriminalität, zu steuern.

Allgemein empfinden wir - wie viele andere Bürger/innen - derzeit ein gravierendes Missverhältnis zwischen Opfer- und Täterschutz. Die Rechte des Täters sind selbstverständlich rechtsstaatlich zu wahren. Wo aber ist die staatliche Hilfe für Opfer? In erster Linie haben diese einen Anspruch darauf, dass Straftaten zügig und umfassend aufgeklärt und mit einem angemessenen Urteil abgeschlossen werden. Die Wahrung des Rechts darf nicht an mangelnder finanzieller Unterstützung scheitern! So geplant in Sachsen-Anhalt, wo das rechtsmedizinische Institut in Magdeburg mangels ausreichendem Gewinn geschlossen werden soll!

Wir fordern ein Verbot aller Schusswaffen in Privathaushalten! Kein „Hobby“ (Jagd, Sportschützen) rechtfertigt die Aufrechterhaltung der latenten Gefahr der Bevölkerung, die der Waffenbesitz nun einmal mit sich bringt. Man muss sich an die Amokläufe in Deutschland (Erfurt, Winnenden) erinnern, um diese Forderung zu verstehen!

Justiz und Exekutive verdienen den Respekt, der zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Wer z. B. Polizeibeamte angreift und anspuckt, greift unsere Sicherheit an!

Besondere Aufmerksamkeit ist Übergriffen und Straftaten Heranwachsender zu widmen. Bei sofortiger konsequenter Reaktion besteht noch die Möglichkeit, einen jungen Menschen in die Gesellschaft zurückzuholen. Mit einer Duldung wird einem kriminellen Lebenslauf Vorschub geleistet.

Einige weitere Forderungen sind:

- Verschärfung der Strafbestimmungen für Umweltkriminalität, Tierquälerei, Zoophilie (Sodomie)!
- Eine konsequente Strafverfolgung! Mehr Opferschutz! Präventive Maßnahmen!
- Bekämpfung der Verschwendung von Steuergeldern! – Ergänzung des Strafgesetzbuches um einen „Haushaltsuntreue- Paragraphen“! - Der Tatbestand der Steuerverschwendung durch die öffentliche Hand ist der Steuerhinterziehung gleichzustellen!

Eine Strafe, die beim Täter keine Aufmerksamkeit mehr erwecken kann, ist keine Strafe! Strafen müssen angemessen, als solche aber auch noch erkennbar sein. Das ist man auch den Opfern und ihren Angehörigen schuldig!

III. Forderungen zum Tierschutz

Die Staatszielbestimmung des Art. 20 a GG ist zu konkretisieren. Durch Öffentlichkeitsarbeit wollen wir das Verhältnis des Menschen zum Tier ändern und dadurch auch rechtlich neue Maßstäbe setzen. Viele Bürger/innen sind, wenn sie mit den grausamen Bildern aus Massentierhaltungsanlagen, von Tierversuchen u. ä. konfrontiert werden, entsetzt. Sie handeln aber dann nicht konsequent zum Schutz der Tiere, sondern fallen in alte Verhaltensmuster zurück. Das Leid der Tiere wird verdrängt.

Wir setzen uns u. a. ein für:

1. Ein ungeschränktes Verbandsklagerecht!

Wo kein Kläger, da kein Richter. Leider protestieren berufene Vertreter des Tierschutzes, wie bspw. Veterinärämter oder Tierärzte, nicht oder zu wenig, wenn Tiere geschädigt werden. Das Verbandsklagerecht kann diese Fälle vor Gericht bringen, damit Gesetzesübertretungen endlich auch geahndet werden.

2. Die Abschaffung der Massentierhaltungsanlagen

An diesem Thema kommt niemand mehr vorbei! Durch umfangreiche Berichterstattung in den Medien ist mittlerweile auch dem letzten Ignoranten klar, dass selbst billige Lebensmittel ihren „Preis“ haben: Den Preis der Qual - für Millionen von Tieren, die zusammengepfercht in Mastfabriken nur zu einem Zweck gehalten werden: Sie möglichst schnell wachsen zu lassen, möglichst fett ins Schlachthaus transportieren zu können, möglichst viele billige Fleisch“produkte“ aus ihnen herauszuholen und möglichst viel Profit aus ihrem kurzen traurigen Leben herauszuschlagen! Zur Abschaffung der Massentierhaltungsanlagen gibt es für uns keine Alternative! Jede kleine Besserung ist nur Augenwischerei! Ein paar Schmerzen weniger machen so ein Schweine- oder Hühnerleben auch nicht lebenswerter! Kein Tier hat es verdient, für ein paar Minuten auf dem Teller leiden zu müssen! Zudem führt der übermäßige Einsatz von Antibiotika bei der Massentierhaltung zu einer gefährlichen Resistenzbildung beim Menschen. Es besteht die Gefahr, dass die Antibiotika ihre Wirkung verlieren. Vgl. hierzu auch Pkt IV.

3. Förderung tierversuchsfreier Forschung mit dem Ziel einer Abschaffung der Tierversuche

Die Organisation „Ärzte gegen Tierversuche“ widerlegte die angebliche Notwendigkeit von Tierversuchen für die Medizin. Tiere reagieren oftmals anders als Menschen. Ergebnisse aus Tierversuchen können nicht automatisch auf Menschen übertragen werden. Gerade durch diese Übertragung erfolgten bereits schwerwiegende Schädigungen von Menschen (Bsp. Contergan). Die Qualen der Tiere stehen in keinem Verhältnis zu Tests in der Ausbildung, bei der Neuentwicklung von weiteren Kosmetika, den meisten Fällen der Forschung. Großteils werden die meisten Experimente wiederholt, obwohl die Ergebnisse längst bekannt sind. Eine kritische Überwachung findet selten statt. Es gibt eine direkte Versuchsindustrie, die einträglich davon lebt, Tiere im Namen der Forschung zu quälen und sterben zu lassen.

In einem ersten Schritt ist das Ausmaß der tatsächlich durchgeführten Tierversuche aufzudecken, ihre Haltungsbedingungen sind zu überprüfen und die Öffentlichkeit darüber aufzuklären und die Tierversuche

im Studium zu verbieten. Vorbild hierfür sind Institute in der Ukraine (Lwiw, Donetsk u. a.), die durch Zusammenarbeit mit dem Verein „Ärzte gegen Tierversuche“ durch Bereitstellung von Computern und Unterrichtsmaterialien längst erfolgreich tierversuchsfrei ausbilden.

Uns ist bewusst, dass es keine Abschaffung der Tierversuche quasi über Nacht geben wird. Hier steht uns eine große gesellschaftliche Auseinandersetzung bevor. Sie noch weiter aufzuschieben verbietet das Leid, das jedes der betroffenen Tiere tagtäglich erdulden muss.

4. Für ein Verbot der Tiere in der Unterhaltungsindustrie

Vergnügungen und Gelderwerb auf Kosten von Tieren lehnen wir grundsätzlich ab.

Beim Wildtierverbot in Zirkussen sind uns Länder wie Österreich, Schweden, Ungarn, Dänemark, Bulgarien, Belgien u. a. weit voraus bzw. planen die Umsetzung gerade. In Deutschland argumentiert man nicht selten mit den „leuchtenden Kinderaugen“. Die Begründung, womit sich Tierquälerei – nichts anderes ist es, wenn man Tiger zur Zuschauerbelustigung durch brennende Reifen springen oder Elefanten „Männchen machen“ lässt – noch immer mit einer vermeintlichen „Tradition“ oder den vielbeschworenen „leuchtenden Kinderaugen“ rechtfertigen lässt, bleiben die Befürworter schuldig. Glaubt ernsthaft im 21. Jahrhundert noch jemand, dass diese Tiere das auch freien Stücken machen?

Wir fordern u. a.:

- Schluss mit der Tierquälerei! – Für ein ausnahmsloses Verbot von Wildtieren in Zirkussen!
Zirkus bereitet nur Freude, wenn niemand leiden muss!
- Striktes Verbot des Tötens unter dem Deckmantel eines Zuchtprogramms bzw. im Zuge eines „Populationsmanagements“ in Zoos und Tiergärten!
- Schließung der Delfinarien!
- Deutschlands Einsatz für weltweite Abschaffung des Stierkampfes!
- Verbot von Freizeitbespaßungen wie Rodeo, Gänserreiten etc.!

5. Haustiere, Vorsorge, Tierheime, Zucht und Massenvermehrung, Exoten

Entwicklungsgeschichtlich wurde die Kultur des Menschen schon immer durch das Zusammenleben mit den Tieren geprägt. Der Mensch hat für sie die Verantwortung übernommen. Die geschichtliche Entwicklung kann nicht zurückgedreht werden. Ein verantwortlicher Umgang muss im Sinne eines Zusammenlebens sinnvoll fortgeschrieben werden. Wer ein Tier in die Familie aufnimmt, ist und bleibt verantwortlich für sein Wohlergehen!

Ob man will oder nicht, viele Haustiere sind faktisch zu Familienmitgliedern geworden. Für ältere Menschen ist der Umgang mit ihnen oft die einzige Möglichkeit, noch soziale Kontakte außerhalb der eigenen vier Wände zu pflegen. Heranwachsende lernen, Verantwortung für das Wohlergehen anderer Geschöpfe zu übernehmen. Ein Haustier kann Menschen vor Isolation und Vereinsamung bewahren.

Keineswegs wollen wir die Abschaffung jeglicher Haustierhaltung. Vielmehr fordern wir, dass die Tiere artgerecht gehalten werden. Das bedeutet zunächst, dass *Wildtiere, Reptilien, exotische Spinnen* etc. rein gar nichts in deutschen Haushalten zu suchen haben! Der Handel mit ihnen ist einzustellen! Bisher eingeführte Tiere, die viel zu oft aus einer Laune heraus angeschafft wurden, weil es dem vermeintlichen Tierfreund zu leicht gemacht wird und die dann in Tierheime oder Auffangstationen abgeschoben werden, sind nur noch mit strenger Überwachung, Sachkunde, Sondergenehmigung in Privathände zu vermitteln!

Ein *Hund* braucht ausreichende Bewegung, Zuwendung durch die Menschen in der Familie, soziale Kontakte zu Artgenossen, gute medizinische Versorgung! Das setzt Zeit, finanzielle Mittel und vor allem auch ausreichende Kenntnisse über den aufzunehmenden Mitbewohner voraus. Der Erwerb der Sachkunde durch nach gesetzlichen Mindestanforderungen geschulte Ausbilder, eine Haftpflichtversicherung, Kennzeichnung durch Einsetzen eines Chips und Registrierung müssen im Sinne des Tieres Pflicht werden!

Die Diskriminierung *sog. Kampfhunde* muss aufhören! Erste Bundesländer haben aufgrund der Auswertung von Beißunfällen inzwischen wieder von Kampfhundelisten Abstand genommen bzw. überlegen eine Rücknahme. Das Unglück, das die Hysterie ins Rollen brachte, war der Fall des kleinen Volcan in Hamburg, der von einem Hund, der von seinem drogensüchtigen Halter misshandelt und abgerichtet wurde, tödlich verletzt wurde. Dieses Kind hätte auch nach damaliger Rechts- und Gesetzeslage geschützt werden können! Hund und Halter waren bekannt, nur sind die zuständigen

Behörden trotz alarmierender Hinweise der Bevölkerung nicht eingeschritten! Das tödlich verletzte Kind und daraufhin ganze Generationen von „Kampfhunden“ mussten für das Versagen der Behörden büßen!

Für *Katzen*, die Zugang ins Freie haben, halten wir eine gesetzliche Kastrationspflicht für unumgänglich. Paderborn als Vorreiterstadt einer Katzenschutzverordnung ist hier beispielgebend. Darauf ist aufzubauen, die gesammelten Erfahrungen auszuwerten, ggf. Änderungen einzuarbeiten. Der Gesetzgeber kann nicht länger die Augen vor der ständig wachsenden Population und dem daraus entstehenden Elend verschließen oder die Last und Verantwortung auf die lokalen Tierschutzvereine abwälzen!

Für Tiere, die bei Eintritt einer finanziellen Notlage bereits im Haushalt leben, fordern wir einen Zuschuss zu den Sozialleistungen. Niemand sollte gezwungen sein, ein in der Familie lebendes Tier allein aus finanziellen Gründen in ein Heim abschieben oder sich das Futter vom Munde mühselig abzusparen und so selbst noch weiter ins soziale Elend abzurutschen.

Die Kommunen müssen die Tierheime, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten. Es kann und darf nicht sein, dass die Heime, von meist nur mit ehrenamtlichen Helfer/innen arbeiten, um Spenden betteln müssen. Wer einer Kommune deren Pflichtaufgabe abnimmt, darf nicht in die Rolle des Bittstellers gedrängt werden!

Zur Reduzierung einer unkontrollierten Vermehrung von Tieren durch gewissenlose Händler ist der Erlass eines Haus- und Heimtierzuchtgesetz erforderlich und überfällig. Dieses Gesetz muss auch Regelungen für den Import treffen. In unverantwortlicher Weise werden im Ausland für den deutschen „Markt“ Tiere oft unter schlimmsten Bedingungen, in Kellerverschlägen, ohne tierärztliche Versorgung etc. vermehrt, dann als sog. Rassehunde-Schnäppchen oder zum Wecken des Mitleids feilgeboten.

6. Abschaffung der Jagd

Der Abschuss von Haustieren und die grausamen Treib- und Fallenjagden sind zu ächten und gesetzlich zu verbieten!

Die Jagd in Deutschland ist ein Anachronismus und in der bestehenden Form abzuschaffen. Leider lassen sich immer noch Bürger/innen durch die starken, in der Gesellschaft verankerten Jagdlobbyorganisationen, beeinflussen. Jedoch ist Jagd weder sportlich noch romantisch und hat schon gar nichts mit Tierschutz und der viel gepriesenen „Hege und Pflege“ zu tun. Es zeugt von emotionaler Abstumpfung und geistiger Indoktrination, den primitiven Vorgang des Tötens eines wehr- und ahnungslosen Tieres mit dem Gewehr aus dem Versteck zu rechtfertigen oder zu preisen. Längst ist erwiesen, dass es in Naturschutzgebieten ohne Jagd nicht zu einer sprunghaften Explosion der Tierbestände kommt, sondern sich die Natur selbst reguliert. Der Aufbau solcher sich selbst regulierender möglichst naturbelassener Gebiete muss vorrangiges Ziel sein. Voraussetzung hierfür ist zunächst eine sorgfältige Erfassung der Tierbestände und die Erforschung der natürlichen Selbstregulierung. Dieses Vorgehen ist auch bei dem Phänomen „Wildtiere in der Stadt“ dringend geboten. Der Mensch muss lernen, mit den Tieren zusammenzuleben. Die Natur ist nicht der Feind des Menschen, dem man mit der Flinte begegnen muss, sondern der Mensch ist nur Teil der Natur!

IV. Umwelt, konsequente Agrarwende und ein NEIN zur Gentechnik!

Der Schutz der Umwelt ist kein kostspieliger Luxus, sondern langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Außer Kontrolle geratene Genmanipulationen sind endgültige Eingriffe in ausgewogene komplexe natürliche Lebensgrundlagen, die nach unserer Vorstellung sogar noch gefährlicher sein können als Schäden durch Atomkraftwerke! Bisher übernimmt keine Firma, die Genexperimente durchführt, die Haftung für eventuelle Schäden und selbst wenn sie diese Haftung übernehmen würde, könnte sie einen Ausgleich praktisch nicht schaffen.

Unter Umweltschutz verstehen wir auch eine schonende Bewirtschaftung der Böden. Die Notwendigkeit eines konsequenten grundlegenden Ansatzes wird durch die immer wieder auftretenden Lebensmittel-skandale aufgezeigt. Mit dem Schutz der Umwelt und einer konsequenten Agrarwende sichern wir unsere Lebensgrundlage – die Lebensmittel!

Wir setzen uns für eine Förderung des ökologischen Landbaus ohne Gentechnik ein und sagen NEIN zur Degradierung aller Konsumenten zu unfreiwilligen „Testpersonen“!

Die Erzeugung von Nahrungsmitteln muss Vorrang haben vor der Erzeugung von Pflanzen zur Energieerzeugung. Die Spekulation auf Nahrungsmittelpreise ist zu unterbinden. Zu fördern ist der regionale Anbau, der auch lange Transport- und somit Energiekosten erspart.

Wir fordern eine Abkehr von der industriellen Massentierhaltung! Ökologischer Landbau ist zu fördern. Bäuerliche Betriebe waren und sind dadurch gekennzeichnet, dass sie weitgehend unabhängig aus dem Land produzieren. Massentierhaltungsanlagen sind darauf angewiesen, die Futtermittel für die Tiere zuzukaufen. Der Regenwald wird für die Produktion von (oft genmanipuliertem) Soja abgeholzt, der dann hier in Deutschland an die Mastschweine verfüttert wird. Die massenhaft produzierte Gülle verseucht wiederum die Böden. Ökologische Betriebe arbeiten in einem Kreislaufsystem, in dem weitgehend auf chemische Zusatzdüngung verzichtet werden kann.

Die Landwirtschaft der Zukunft sehen wir mit gesetzlichen Regelungen für Anbauflächenbegrenzung, um riesigen, trostlosen Monokulturen und dem beschleunigten Artensterben Paroli bieten zu können! Subventionen für Tierfabriken und Maiswüsten lehnen wir grundsätzlich ab. Unsere Bauern tragen Verantwortung für hochwertige und vorrangig pflanzliche Nahrungsmittel, die die Menschen nicht durch chemische Düngungen, Pestizide etc. krank machen. Ökologisch und verantwortungsvoll arbeitende kleinbäuerliche Betriebe sind durch Subventionen zu unterstützen, um das Ungleichgewicht zu den Produkten aus profitorientierter tierquälerischer Massentierhaltung auszugleichen. Pflanzliche Produkte sind steuerlich zu bevorzugen. Es ist ein Unding, dass Fleisch und Wurst mit ermäßigter, Produkte wie bspw. pflanzliche Milch mit voller Mehrwertsteuer extra verteuert und der bewusste Verbraucher quasi für seine gesunde Lebenseinstellung bestraft wird.

V. Verbraucherschutz und Qualitätssicherung von Lebensmitteln

Durch eine kaum mehr nachvollziehbare Subventionierung entscheidet heute weniger die Qualität des landwirtschaftlichen Produktes als die Lobbyarbeit von Interessengruppen über den Preis. Diesen Lobbygruppen ist nur daran gelegen, die Verbraucher durch emotionale und/oder inhaltsleere Werbeversprechen über die tatsächlichen Inhalte der Produkte im Unklaren zu lassen. Wichtigster Faktor für eine nachhaltige Agrarwende ist eine umfassende Aufklärung der Verbraucher. Aufgeklärte Verbraucher, die nicht mehr bereit sind, Produkte mit nicht näher definierten Zusatzstoffen, nährstoffarme, fette, ungesunde Lebensmittel zu konsumieren, werden vom Markt verschwinden. Die längst im Gespräch befindliche „Lebensmittel-Ampel“ wird von uns sehr begrüßt, wenn sie nicht wieder nur der Augenwischerei dient. Für Lebensmittel fordern wir eine Positivliste und die Abkehr von einer Negativliste der Zusatzstoffe. Bisher können Nahrungsmittel mit beliebigen Zusatzstoffen versetzt werden, solange sie nicht verboten sind (Negativliste). Es muss von vornherein klargestellt sein, welche Stoffe enthalten sein dürfen.

VI. Energie

Die Möglichkeiten einer dezentralen Energieversorgung sind längst nicht ausgeschöpft und bieten der Wirtschaft ein reiches Feld, zukunftsorientierte Technologien zu entwickeln. Wir setzen uns ein für die Förderung regenerativer Energieträger mit Augenmaß! Der Anbau darf nicht zu Monokulturen und zu einer weiteren Erhöhung der Nahrungsmittelpreise im In- und Ausland führen. Die Energiewende darf nicht allein zu Lasten der Verbraucher umgesetzt werden. Es bedarf endlich einer gerechten Beteiligung auch der Großbetriebe! Die Verbraucher wurden durch Einführung der so genannten Ökosteuer zusätzlich belastet. Hätten sich die Menschen davon die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und ökologischer Projekte versprochen, wurden die eingenommenen Gelder zur Stopfung von Haushaltslücken verwendet.

Die Möglichkeiten des Verkehrs (Bahn, PKW, Rad, Schiff, Flugzeuge) haben Menschen und Orte in aller Welt zusammen gebracht und im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrhunderten ungeahnte Chancen zur Selbstverwirklichung eröffnet. Diese Chancen sind in Einklang mit dem Umweltschutz und möglichst sparsamen Umgang mit Ressourcen zu bringen. Darum und auch um dem täglichen Irrsinn durch Staus und Unfällen auf unseren Straßen entgegenzuwirken sollte vor allem der LKW-Verkehr zunehmend auf den Schienenverkehr verlagert werden. Durch die Privilegierung regionaler Erzeugnisse können und sollen lange Transportwege vermieden werden.

Unsere Forderung daher in einfachen Worten: **ÖKO für ÖKO!**
Nur das macht einen Sinn, den die Menschen nachvollziehen können!